

DIE UNZUFRIEDENEN

Erster Weltkrieg, Revolution
und Konterrevolution
auf dem Tempelhofer Feld



THF
1933 – 1945

Arbeitskreis NS Geschichte
Tempelhofer Feld e.V.

Beiheft zur
historischen
Bildung

THF 33-45 e.V. Hrsg.

Die Unzufriedenen

Erster Weltkrieg, Revolution und
Konterrevolution auf dem Tempelhofer Feld

Beiheft zur historischen Bildung

Bezug:

**THF 33-45 E.V. und Landeszentrale
für politische Bildung**

Info@thf33-45.de

Diese Publikation wurde ermöglicht durch die
Landeszentrale für politische Bildung



Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

Alle Teile dieser Veröffentlichung unterliegen gedruckt
dem Deutschen Urheberrecht

Die Online Ausgabe unterliegt den creative commons,
siehe unten, alle Rechte bei:

Alle Texte: Beate Winzer

Für die Broschüre THF 33-45.de

Foto: je nach Bild |

Quelle: Bundesarchiv | Ausschnitt | Deutsches Urheberrecht

Grafisches Konzept, Layout und Satz: Stephanie Abendt

Online: <http://thf33-45.de/publikationen>

Das bedeutet Nutzung unter den Bedingungen des
Urheberrechts der creative commons BY, NC; ND, SA:

Nennung des Urhebers, Angabe des Titels, Information zur
Lizenz samt Link, Keine Bearbeitung, keine Veränderung,
Weitergabe unter identischen Bedingungen,
keine gewerbliche Nutzung

Die Bilder unterliegen dem Deutschen Urheberrecht –
Rechteinhaber je nach Bild:
Bundesbildarchiv/bpk

Wir danken:

Der Landeszentrale für politische Bildung

Dem Bundesarchiv und
der Stiftung preußischer Kulturbesitz,
bpk Bildagentur-Bildportal der Kultureinrichtungen

der Staatsbibliothek Berlin

Dem Museum europäischer Kulturen

Bücherstadt Wünsdorf und
besonders dem Förderverein „Garnisonsmuseum“ in 15806 Zossen /
OT Wünsdorf und Herrn Lamolla in Wünsdorf

Dem August-Bebel-Institut Berlin

Der Akademie der Künste- Archiv und Bibliothek

Stephanie Abendt für Layout und Satz

Inhalt

Einleitung	7
Dschihad	11
“Propaganda”-Lager	15
Zossen	18
Wünsdorf-Zehrendorf	21
Heimatfront	24
Seminare	26
Dolchstoßlegende	28
Verteidigung der Macht	30
Freikorps	38
Einsatz im Reich	39
Mitteleuropa	41
Zwischen Flucht und Migration	42
Literaturverzeichnis	46
Bildnachweise	50

Beate Winzer (THF33-45)
Beate.Winzer@thf33-45.de

Die Unzufriedenen

Revolution und Konterrevolution auf dem Tempelhofer Feld 1918-1919

Einleitung

Das Tempelhofer Feld war das Exerzierfeld der königlich preußischen und kaiserlichen deutschen Armee, des preußisch-deutschen Heeres, umgeben von Kasernen und einem eigenen Bahnanschluss. Mit der Industrialisierung und der wachsenden Stadt veränderte sich auch die Bedeutung des Aufmarschplatzes für den Eigentümer, das Heer. Das Tempelhofer Feld war 1914 bereits zentral gelegen, obgleich die Tempelhofer Landgemeinde noch nicht Teil Berlins war und die Stadt an der heutigen Dudenstraße endete. Am östlichen Rand lag damals noch an der Hasenheide, die Moschee der „Helden“, ein Geschenk der preußischen Könige an die osmanischen Sultane als Unterpfand ihrer Freundschaft und als Zeichen, dass Muslime in Preußen und Berlin stets willkommen seien. Am westlichen Feld lag der „Militärbahnhof“, ein Knotenpunkt des Truppentransports für die Eisenbahnerregimenter der Stadt Berlin. Im Süden war die Luftschifferabteilung untergebracht, zusammen mit der Post und dem drahtlosen Funk die modernste Kommunikations-Verbindung der damaligen Zeit. Damit ist das Tempelhofer Feld zwar weiterhin maßgeblich aber nicht nur Chiffre für die NS-Luftwaffe, den Vernichtungskrieg und den Aufstieg von Hermann Göring. Auf dem Feld hat sich auch ein wichtiger Teil des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution sowie der Konterrevolution abgespielt.

Der große Krieg von 1914 bis 1918 war ein Weltkrieg, obgleich sein Hauptkriegsschauplatz in Frankreich lag. Für dessen Topographie stehen bis heute die Schlachtfelder Ypern, Somme, Verdun und Argonnerwald mit ihren Millionen Toten und dem entsetzlichen



Krieg an fernen Fronten

industrialisierten Massenkrieg, der bei so vielen Soldaten schwere Depressionen, traumatische Belastungsstörungen und Verletzungen verursachte. Die Kämpfe verbinden sich mit den Namen bis heute verklärter Kriegshelden, voran Manfred von Richthofen, der „Rote Baron“, der von der Menschenjagd besessen war. Der „Blutrausch“ wurde aber von der Propagandaabteilung der Obersten Heeresleitung (OHL) (und von Hermann Göring) retuschiert¹. Dieses Defizit der Wahrnehmung wird der Verein an anderer Stelle bearbeiten, hier geht es um eine andere Leerstelle, die Kriegspropaganda und den Krieg im Osten. Deren Reichweite und Wirkung ist bis heute kaum bekannt. In dem Beiheft werden gemäß den Chiffren des Ortes drei Ereignisse in den Blick genommen: Zuerst wird anhand der „Moschee der Helden“ die Allianz mit dem Osmanischen Reich und die gemeinsame Kriegspropaganda „Dschihad“, der „Heilige Krieg“ für den Sultan und den Kaiser „Hadschi Wilhelm“ betrachtet. Dazu wird ein (bei uns buchbarer) Exkurs nach Zossen unternommen, zu den „Halbmondlagern“ den „Propagandalagern“ für muslimische

¹ Oberste Heeresleitung bezeichnet die Neuaufstellung des Generalstab des Heeres unter Erich von Ludendorff, wird aber, historisch nicht korrekt, aus Gründen der Übersicht auch für den Obersten Generalstab und das Truppenamt verwendet.



*Britische Offiziere,
potentielle Dschihad - Kämpfer*

Kriegsgefangene, die als „heilige Streiter des Glaubens“ die Revolution nach Russland, Palästina, Ägypten, Indien und Algerien tragen sollten.

Der Aufruf zum Dschihad war reine Kriegspropaganda, denn die „Millionen unterdrückter Muslime“ waren russische, britische und französische Staatsbürger, die zur Revolte gegen die Kriegsgegner der beiden Kaiser und des Sultans aufgerufen werden sollten. Dieser Aufstand entsprach dem Wunsch Enver Pasa, dem osmanischen Kriegsminister und dessen Verbündeten, der deutschen Reichsleitung, also der Obersten Heeresleitung, darunter dem deutschen Generalstabschef Helmuth, Graf von Moltke sowie dem „Chef“ des Generalstab der habsburgischen Armee, Franz von Hötzendorf. Ziel war, die russische Front zu destabilisieren und die Briten vom Empire, namentlich Indien, abzuschneiden und so den Krieg für sich zu entscheiden. Die Strategie Enver Pasas und von Moltke sah vor, die Revolutionierung der islamischen Welt zu befördern. Das Konzept war anti-zivilisatorisch und nur dafür gedacht, die deutsch-osmanische Herrschaft zu festigen. Neben der islamischen „Revolution“ förderten die beiden auch „sozialistische Elemente“, eben alle, die zur Schwächung der russischen Armee beitragen konnten. So waren viele Akteure, die für die Aufwiegelung zum Auf-

stand eingesetzt waren, auch dieselben, die den sicheren Transport von Lenin aus dem Schweizer Exil nach Moskau verantworteten. In diesem Beiheft ist aber kein Raum für eine Strukturanalyse der politischen Akteure. Verwiesen sei aber darauf, dass neben der „psychologischen Kriegsführung“ auch Konzepte existierten, die ausschließlich auf militärische Gewalt setzten, so der Freiherr von der Goltz und andere, die ein deutsch-osmanisches Imperium errichten wollten, das Indien ebenso wie Bagdad einschließen sollte. Massentötungen, wie das Vorgehen gegen die Armenier, gehörten ebenso zum Programm wie Antisemitismus oder das Vorgehen gegen „türkenfeindliche“ Araber, die einfach nur die osmanische Vorherrschaft abschütteln wollten.

Anhand der Trauerkundgebung am 20.11.1918 für getötete Revolutionäre auf dem Tempelhofer Feld wird das zweite Thema behandelt: die Heimatfrontpropaganda oder die „Heimataufklärung“. An der deutschen „Heimatfront“ wurde der „Burgfrieden“, wie ihn Kaiser Wilhelm 1914 verkündet hatte, ab 1915/16 vom „Hindenburgprogramm“ ersetzt, der „totalen Mobilisierung“ der Bevölkerung, die auf „nationale Widerstandskraft“ gegen Hunger, Elend, Uneinigkeit, Unzufriedenheit, Rohstoffmangel und die „radikale“ Sozialdemokratie abzielte. Aus der Heimatfrontaufklärung, die daran scheiterte,

dass der Krieg nicht länger als „Verteidigungskrieg“ zu verkaufen war, wurde die Dolchstoßlegende. Die besagte etwa, dass die angeblich unbesiegte Armee von der kriegsmüden Sozialdemokratie und der Bevölkerung verraten wurde, die der britisch-jüdischen Propaganda auf den Leim gegangen sei.

Besonders in Hinblick auf die Rolle, die die OHL mit ihrer Propaganda bei der Februarrevolution 1917 in Russland spielte, ist es tragisch, dass Teile der Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften nach der politischen Macht griffen, die sie gegen die eigenen Genoss(inn)en und Kolleg(inn)en glaubten, verteidigen zu müssen. Umso mehr, als sie sich dabei auf die OHL und die mächtigen Industrieverbände stützten, Männer, die die Republik zutiefst ablehnten. Insofern bleibt es unverständlich, dass USPD und Revolutionäre Obleute sich zurückzogen, statt von ihrer Macht Gebrauch zu machen.

Mit Aufstellung und Aufmarsch der Freikorps und dem Beginn der Konterrevolution auf dem Tempelhofer Feld wird das dritte Thema skizziert. Um die hungernde Bevölkerung zu versorgen und den Krieg nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 10. November 1918 abzuwickeln, arbeitete die neue Regierung unter Führung von Friedrich Ebert mit Soldatenräten wie Militär eng zusammen. Um eine „Radikalisierung“ zu verhindern und „im politischen Kräftespiel“ (Gröner) zu bleiben, bot General Wilhelm Gröner Friedrich Ebert eine formelle Allianz an. Sie wird nur in groben Zügen skizziert, denn die Freikorps waren bei ihrer Aufstellung 1919 kein einheitlicher Block, sondern bestanden aus vielen unterschiedlichen und auch unübersichtlichen Gruppen. An ihrer Aufstellung waren die Soldatenräte wesentlich beteiligt. Gefährliche paramilitärische Gruppen waren aber von Beginn an dabei. Freikorps und paramilitärische Gruppen wurden nicht nur in Berlin im Deutschen Reich aufgestellt. Sie waren Bestandteil der (Nach)Kriegsstrategie

aller Armeen, die 1918-1920 in Europa agierten. Wie erfolglos das Massensterben an der Westfront auch verlief, an der Ostfront hatte das Reich gemeinsam mit der Habsburger Armee eine große Region besetzt: das Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Ober Ost). Gemäß der Pläne Ludendorffs war Ober Ost bereits durch Zwangsarbeit, Zwangsräumung von Höfen und Tieren, Ausbeutung und „deutsche“ Neubesiedlung geprägt. Dieses Gebiet gedachte die OHL nicht kampfflos zu räumen und ließ sich von Ebert auch für diese Region die Aufstellung von Truppen genehmigen. Brutale Gewaltexzesse durch Freikorps waren also zusätzlich in Litauen und Estland, der Ukraine und Polen zu verzeichnen. Hier regierte der Hass, war doch „Ober-Ost“ der Militärstaat von Ludendorff persönlich. Dass als dieses Gebilde als ein Vorläufer der späteren „Lebensraum Ost“ Strategie im NS zu sehen ist, hat der US-amerikanische Historiker Vejas Liutskienius nachgewiesen.

Der Rat der Volksbeauftragten



Zur Heimatpropaganda gehörte ab 1918 Antisemitismus und so kam es in diesem Jahr auch zu Pogromen, mit einem Schwerpunkt eben in den Staaten, die nach der Übereinkunft von Brest-Litowsk entstanden waren. Zu neuen Kriegen führten auch die Grenzfragen der neuen oder wieder erstandenen Staaten in Mittel- und Südost-europa. In Ungarn, dessen europäisches Imperium zerstört war, kam es zu Revolution, Räterepublik, Gegenrevolution und Gewalt-exzessen. All das führte zur Massenflucht aus den zerbrochenen Imperien Russlands und Habsburgs. Berlin war ihr Anlaufpunkt, Zentrum und zugleich Transit der Flucht- und Migrationsrouten Mittel- und Osteuropas. Von den „Neuen“ haben vor allem die Tempelhofer Landgemeinde und die Stadt Berlin in reichem Masse profitiert und doch richteten sich Hass, Wut und Propaganda, nun „völkisch-rassistisch-antisemitisch“ gegen diese Menschen. Das große Pogrom von Berliner ArbeiterInnen 1923 auf das sogn. Scheunenviertel war der bis dahin größte doch bei weitem nicht der erste antisemitische Angriff von Arbeiterinnen und Arbeitern auf jüdische Flüchtlinge und Migranten.

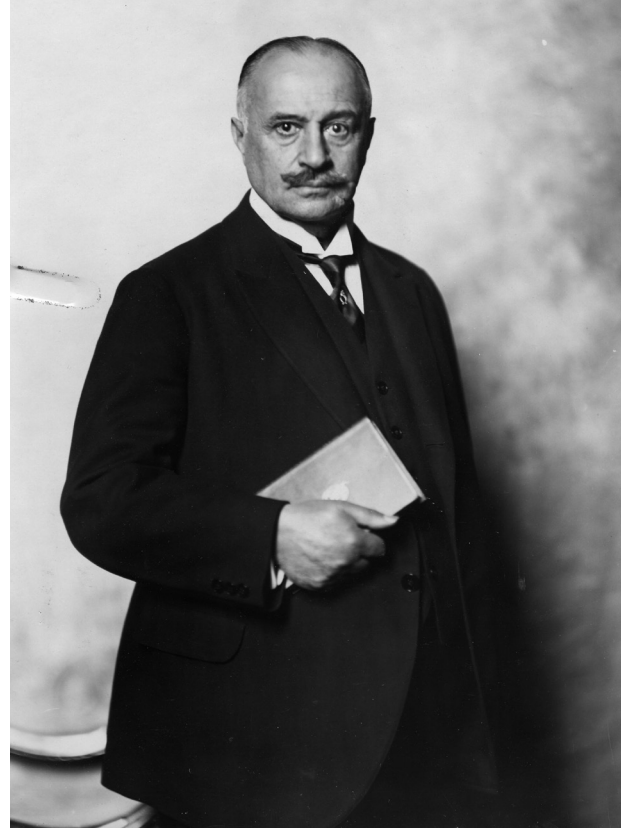
Jungtürkische Truppen 1909



Dschihad

„Im Falle, dass sich ständig Angriffe der Feinde der Religion auf den Islam und die Muslime ereignen [. . .] und der Befehl des Fürsten der Gläubigen ergeht zum Dschihad und zur Generalmobilmachung, wird der Dschihad zu einer Pflicht für die Gesamtheit derer, die die Einheit Gottes bekennen, entsprechend dem Worte des Erhabenen ‚Rückt aus, leicht und schwer, und führt Krieg mit eurem Vermögen und in eigener Person‘, und es wird individuelle Pflicht für die Gesamtheit der Muslime in allen Ländern, herbeizueilen zum Dschihad mit Vermögen und in persona – seien sie alt oder jung, zu Fuß oder beritten“.¹

Unmittelbar an die Kriegserklärung Russlands, Frankreichs und Englands an das Osmanische Reich 1914 rief der Mufti von Konstantinopel, der Scheichülislam Hayrî Efendi eine „Fatwa“ aus, den Dschihad, den Heiligen Krieg gegen die Alliierten. Dem schloss sich der Sultan und Kalif Mehmed V. Reşâd in einer Proklamation an Heer und Flotte an. Begründet wurde der Aufruf mit dem Vorwurf an die drei Kriegsgegner, sie unterdrückten „Millionen von Muslimen“ und entfremdeten sie dem Kalifat, dem sie „durch ihre Herzen und ihre Religion verbunden“ seien.



*Weinberglager für
sow. Kriegsgefangene
bei Zossen*



Vertrag von Brest-Litowsk- Russische Delegation wird von deutschen Offizieren empfangen

Propaganda oder psychologische Kriegsführung war eine gefährliche Waffe, denn sie war nicht wieder im Schrank einzuschließen. Neben der propagandistischen Bekämpfung des Gegners war natürlich auch die Aufrechterhaltung der Moral von Truppen und Heimatfront im Visier sowie die Pflege der Beziehung zu den eigenen Verbündeten. Eine Million Moslime, die für die Alliierten in Europa und Vorderasien, Afrika und den Nahen Osten kämpften, standen im Zentrum der Überlegungen von Deutschen wie Osmanen. Das Osmanische Reich war als Alliiertes der Mittelmächte in den Krieg eingetreten, womit die in seinem Heer dienenden Angehörigen verschiedener asiatischer und afrikanischer Länder und Staaten, meistens Muslime, als Waffengefährten zu akzeptieren waren. Um es den Rassisten am Berliner Hofe zu erleichtern, unterschieden die Orientalisten nun zwischen „Kulturislam“ und „Negerislam“, die Propaganda wurde angewiesen, die Religion als bindendes Glied zwischen den Waffenbrüdern zu befördern und von gemeinsamen Siegen und Welten zu sprechen. Die Verantwortlichen in Österreich-Ungarn, die der Verkündung der Fatwa des osmanischen Şaiḫ al-Islām über den „Heiligen Krieg“ bei den Muslimen in ihrer Provinz Bosnien und Herzegowina erst nach einigem Zögern zugestimmt hatten, wollten die ḡihād-Strategie zunächst „nur mit großer Vorsicht“ angewendet wissen und unterzogen sie später einer „heftigen Kritik“. Österreich-Ungarns Imperium bestand aus Ländern wie Bosnien und Herzegowina, die zum Teil mehrheitlich muslimisch bewohnt waren. Zudem wünschte dieses Reich auch Albanien und Serbien, von Muslimen und Orthodoxen Christen bewohnt, seinem Reich anzufügen. Hier kam es zu Konflikten mit dem Osmanischen Reich, das diese Länder ebenfalls gern „zurück“

haben wollte, wie auch Griechenland. Konflikte mit Enver Pasa und zusätzlich dem bulgarischen Zaren gab es auch um die Ukraine und die Kaukasus-Region als Zugang zum Wirtschaftsraum der Donau und dem Schwarzen Meer, der Verbindung zu Persien, Afghanistan, Indien und nach China. So wurden im Verlauf des Krieges Österreich-Ungarn von misstrauischen Verbündeten zu Gegenspielern, denn die Gefahr, Bosnien und die Herzegowina durch den ḡihād zu verlieren, war einfach zu groß. Und diese Provinzen waren eine wesentliche Stütze der Stefanskronen, des eigentlichen ungarischen Staatsvolkes, das die Macht der Habsburger darstellte. Ungarn war nicht bereit, auf die Donauanrainer zu verzichten und schon gar nicht auf seine muslimischen Untertanen. Allein der Kampf um Rumänien und Bulgarien oder die heutige Ukraine war für die Habsburger ein dauerhafter Affront, umso mehr als die Verbündeten ebenfalls Anspruch auf sie erhoben. Und so, wie Deutsche und Jungtürken keinen Wechsel oder Unabhängigkeit der Untertanen duldeten, so galt das auch in Ungarn. Serbien und Albanien waren von den Mittelmächten besetzt worden, Länder, die sich nur mühsam von der osmanischen Herrschaft befreien konnten und die auch im Habsburger Imperium Ängste vor Unabhängigkeit der Slawen weckten. Die Eroberung und Eingliederung Serbiens und Albaniens und damit ihrer wichtigen orthodoxen und muslimischen Bevölkerung war ein Kriegsziel Habsburgs ebenso wie Italiens und des Osmanischen Reichs.



Propagandistisch zuständig für die ġihād-Strategie war die „Nachrichtenstelle für den Orient“ (NfO) mit ihrem ersten Leiter Max von Oppenheim, der in einer Denkschrift 1914 einen „Maßnahmenkatalog“ vorlegte, wie denn die Revolutionierung von statten gehen sollte. Die NfO war im September 1914 von der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes als eigene Abteilung gegründet worden und unterhielt enge Beziehungen vor allem zur Sektion Politik des Stellvertretenden Generalstabs der Armee. Untergliedert war die NfO in eine Kanzlei, einen zentralen Vertrieb, eine Presseabteilung sowie in eine türkische, arabische, indische, persische und russische Abteilung, die im Laufe des Krieges erweitert wurden. Außenstellen wurden in Istanbul, Tiflis und im libyschen Misurata unterhalten. In den Nachrichtensälen der NfO wurden Propagandamaterialien aller Art, darunter auch Spielfilme, Dokumentationen, Rundfunkbeiträge, Bücher, Flugschriften und Presseartikel produziert und an Multiplikatoren wie Journalisten, Lehrer, Kaufleute und Offiziere ausgegeben aber auch an Krankenhäuser und Cafés. Neben den „Kriegsberichten“ wurden auch Halbmonatsschriften und die Zeitschrift „El Dschihad“ herausgegeben. Max Oppenheim, Diplomat, zeitweise Mitarbeiter im Auswärtigen Amt, Orientalist und Archäologe war aufgrund seiner Kenntnisse und Kontakte im Nahen und Mittleren Osten außerordentlich einflussreich als „Berater“ des Auswärtigen Amtes. Die Politik des Kaiserreichs, der OHL und des späteren Reichswehrministeriums wurden sicher von seinen Ideen geprägt und beeinflusst. Das zaristische Kolonialregime in Moskau war aber weniger von den Aktivitäten Oppenheims beeindruckt als vielmehr von der Sympathie, die die jungen Intellektuellen der bolschewistischen Revolution entgegenbrachten. Auch der Panislamismus beunruhigte den russischen Generalstab, unterstützte er doch eine Autonomie und die Abspaltung der von Muslimen bewohnten Regionen von Russland unter der Herrschaft

des osmanischen Sultan oder seinen Konkurrenten aus Teheran, Kairo oder Bagdad. Neben der „Anfälligkeit“ der mittelasiatischen Staaten für den ġihād konstatierte die Ochrana, der zaristische Geheimdienst, aber vor allem die Kluft zwischen der beherrschten Bevölkerung und seiner fernen Regierung, die den Krieg für sinnlos hielt und sich selbst überlassen fühlte.

Letztlich waren die Sympathien für die Revolution zunächst größer, während die Briten rasch zu eigenen Strategien griffen- der Erschütterung und der Auflösung des Osmanischen Reichs durch Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung der arabischen Fürsten. Damit war der britische Generalstab im Krieg sehr erfolgreich, während sich die französischen, britischen und russischen Untertanen im Krieg weder für die Fatwa, den osmanischen Sultan oder den Dschihad interessierten. Das sollte sich erst nach 1919 zum Teil ändern.



***Französische Kriegsgefangene
aus Algerien***

“Propaganda”-Lager

Schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn, aber noch Monate vor dem Eintritt des Osmanischen Reiches in den Krieg hatten der deutsche Botschafter bei der Hohen Pforte, Hans von Wangenheim, sowie sein Konsul Philipp Vassel dem Auswärtigen Amt vorgeschlagen, die in deutsche Gefangenschaft geratenen „Mohammedaner besonders rücksichtsvoll zu behandeln, namentlich bei Verpflegung auf Religionsvorschriften zu achten und ihnen Gelegenheit zur Erfüllung ihrer Religionspflicht zu geben. Eventuell“, so fügte von Wangenheim in einem Telegramm vom 30. August 1914 hinzu, „können in Betracht kommende Elemente bei guter Führung nach

Hause entlassen werden mit der Begründung, dass Mohammedaner unsererseits nicht als Feinde angesehen werden“. Zusammen mit der Erklärung, dass „Seine Majestät der Kaiser als Freund der Mohammedaner diesen Gefangenen dem Sultan zu Ehren in dem Lande ihres Glaubens die Freiheit schenke...würde ein derartiger Schritt, falls möglich, der wie ein Lauffeuer sich durch die gesamte mohammedanische Welt verbreiten würde, noch größere Wirkung haben, als alle unsere bisher angewendeten Agitationsmittel“. (Auswärtiges Amt, zitiert nach Gerhard Höpp, *Muslime in der Mark*, Berlin 1997, S.45f) Die Idee der gezielten Freilassungen wurde in Berlin zuerst aufgegriffen, da sie – vom osmanischen Kriegsminister Enver Pascha ausdrücklich gebilligt - propagandistisch wohl als



**Cafe
im Halbmondlager**

besonders geeignet erschien, die osmanische „Kriegspartei“ in die Allianz der Mittelmächte zu führen. Das Auswärtige Amt wählte auf Vorschlag Max von Oppenheims unter den etwa 400 damals in den märkischen Lagern Zossen, Altengrabow und Senne untergebrachten nord- und westafrikanischen Kriegsgefangenen etwa 20 „geeignete“ Personen aus, die in Istanbul dem Sultan übergeben wurden. Sie waren bei der Verkündung der „Fatwa“ anwesend, was aber aus ihnen wurde, ob sie nach Hause zurückkehren konnten, ist unbekannt. Abgesehen von dieser Propaganda – Aktion wurde kein weiterer Gefangener mehr abgeschoben, um auf Rat von Oppenheimers niemand zu verprellen oder zu enttäuschen. Vielmehr griff er die zuerst geäußerte Idee von der „besonderen Behandlung“ der muslimischen Kriegsgefangenen auf und entwickelte dafür ein langfristiges Programm.

Bereits am 14. September hatte von Oppenheim dem Auswärtigen Amt geraten, die „Angelegenheit der kriegsgefangenen algerischen, tunesischen, senegalesischen und anderen afrikanischen Soldaten im französischen Dienst“, sowie der „russisch-muhammedanischen“ Gefangenen einer „eingehende(n) Behandlung“ zu unterziehen, also festzustellen, wo und wie viele von ihnen sich bereits in Deutschland befinden, sie möglichst in der „Nähe von Berlin“ unterzubringen, durch „ausgesuchte deutsche und eingeborene Vertrauensleute“ beobachten und dann über Istanbul entweder „zur Einwirkung auf ihre noch in Frankreich kämpfenden Leute“ freizulassen oder aber „zum Kampfe mit türkischen Truppen in Ägypten gegen die Engländer zu benutzen“; zugleich empfahl er dem Amt, die militärischen Stellen im Reich dafür „zu gewinnen“. Am 2. Oktober legte er schließlich ein detailliertes Memorandum

für die „Benutzung der kriegsgefangenen Muhammedaner“ vor. Darin stellte er seinen berühmten Maßnahmen-Plan zusammen, um die „Turkos für deutsche Dienste nutzbar zu machen“; Dazu gehörte beispielsweise, wie die „die für Frankreich kämpfenden Algerier zu Gunsten Deutschlands beeinflusst werden können“. Als Voraussetzung für die „Benutzung“ der muslimischen Kriegsgefangenen nannte von Oppenheim ihre Unterbringung in „einem einzigen Lager“, und zwar derart, „dass sie allen anderen Gefangenen gegenüber unbedingt abgeschlossen für sich ohne die Möglichkeit irgendeiner Einwirkung durch Franzosen oder Engländer etc. leben können“. Nach Absonderung „schlechte(r) Elemente“ wären die restlichen „gut zu behandeln“, was unter anderem bedeute, ihnen eine „kleine Moschee“ zu errichten, einen Imam zur Verfügung zu stellen und rituelle Schlachtungen zu ermöglichen. Unter solchen Bedingungen, „natürlich nur in Ruhe in dem neuen Lager“, müsste eine „Reihe von Dolmetschern, die das Arabische absolut beherrschen, herangezogen werden, um mit den Leuten zu verkehren, sie zu beobachten usw.“; „erste Versuche“ hätten nämlich gezeigt, dass eine „Einwirkung auf die Gefangenen durchaus möglich sein wird“. Wenn schließlich „unsere Herren Vertrauen bei den Eingeborenen gewinnen“, wäre durchaus zu erwarten, dass diese „ihrerseits für uns nützliche Ansichten entwickeln“. Im Ergebnis dessen würden sich gewiss „einige besonders geeignete Gefangene“ bereit erklären, entweder „an die kämpfende Front zu gehen“, und/oder zu versuchen, „ihre Kameraden zum Übergang zu uns zu bewegen“. Vor allem den „Turkos“, aber auch den Indern maß von Oppenheim „eine achtungsgebietende Verstärkung der türkischen Armee im Kampf gegen Ägypten“ bei; durch türkische und deutsche Offiziere wären sie „schon hier in Berlin“ „einzudrillen“, in der „Türkei, und zwar am besten wohl in Damaskus wäre der Drill erst recht fortzusetzen“. Bis zur Errichtung der „Propagandalager“ verging

noch etwas Zeit, denn zunächst musste der Widerstand in der OHL überwunden werden, da vielen Generälen eine Sonderbehandlung nicht einsichtig war. Erst nach der Verbreitung von Seuchen, vor allem der TBC und der Einführung von Wirtschaftsbetrieben setzte die OHL die Vorschläge Oppenheims um.



**Enver Pascha
im Halbmondlager**



Portraits von Gefangenen

Zossen

Etwa 800 muslimischen Gefangenen waren am 31. Dezember 1914 laut Anfrage des Auswärtigen Amts nach Zossen gebracht worden. Das waren alle kriegsgefangenen Franzosen muslimischen Glaubens (Nordafrikaner) und alle englisch-indischen Kriegsgefangenen, die in dem Truppenübungsplatz Zossen (Nordafrikaner und Inder voneinander getrennt) untergebracht werden“; dort solle „ihnen Gelegenheit gegeben werden, nach ihren religiösen Vorschriften und heimatlichen Gebräuchen zu leben“.

Zuständig für die „Halbmondlager“ war zunächst der Diplomat und Hauptmann Rudolf Nadolny, der dem Generalstab einen Bericht über die bisher erfolgten Maßnahmen zur „Beeinflussung der mohammedanischen Kriegsgefangenen“ vorlegte. Demnach befanden sich nach seinen Angaben 1915 exakt 5183 Mann, Unteroffizier und

Mannschaften, in einem „gemeinsamen Lager in Zossen, während die Offiziere, „einstweilen“ von der „Beeinflussung“ ausgeschlossen wären. Die Zusammenlegung sei noch „im Gange“, die Muslime würden derzeit lediglich in einem Teil des Lagers „von den übrigen Gefangenen, meistens Franzosen, abgesperrt“ leben. Auf Wunsch seien bei ihnen „einige türkische Flaggen aufgesteckt worden“; demnächst würden ein „besonderer Platz mit Wasserbassin und fließenden Wasser“ für rituelle Waschungen und Gebete eingerichtet und den Gefangenen „hinsichtlich der Verpflegung einige Vorzüge gewährt“ werden. „In einiger Zeit“, kündigte Nadolny an, sollten diese allerdings in ein „noch fertigzustellendes, gänzlich getrenntes Lager übergeführt werden, wo sie rituell leben können und wo ihnen auch eine Moschee, zu der ein Entwurf in Arbeit ist, erbaut werden soll“. Die Propaganda unter den Gefangenen würde bereits mit „guten Erfolg“ betrieben; Künftig jedoch, so Nadolny, müsste durch „energische Propaganda, insbesondere durch Predigung des Heiligen Krieges, sowie durch entsprechende Behandlung“ dafür gesorgt werden, dass die muslimischen Gefangenen „zu Anhängern unserer Sache“ werden; solche, „die sich nicht bekehren lassen“, sollten ausgeschieden werden. Die „Bekehrten“ würden als Propagandisten „hinausgesandt“ werden. Richard von Nadolny empfahl die Männer aber auch zur Truppenverstärkung des osmanischen und deutschen Heeres. Nadolnys Vorschläge gingen weiter, wie auch Max von Oppenheim wollte er die Muslime „hauptsächlich (für) die Idee des Heiligen Krieges und ihrer nationalen Selbständigkeit gewinnen. Im einzelnen schlug Nadolny vor, die Gefangenen „nach dem Religionsbekenntnis“ unterzubringen, der Propaganda „unzugängliche“ Elemente von



Alle Kriegsgefangenen des zaristischen Russlands-Armenier, Tartaren, Mongolen

dem gemeinsamen Lager auszuschließen, den anderen hingegen „Erleichterungen“ bei der Verpflegung, Bekleidung, Korrespondenz und Religionsausübung zu gewähren, den Muslimen insbesondere eine Moschee zu errichten, zur „Betreibung der Propaganda“ den damit beauftragten Personen „ungehindert(n) Verkehr mit den Gefangenen“, gegebenenfalls im Lager „Unterkunft in besonderem Raum“ sowie Verpflegung zu ermöglichen, diejenigen Gefangenen, „die sich für uns entschieden haben“, unter Zugrundelegung ihrer früheren Truppenzugehörigkeit in „militärische Formationen“ zu bringen und in ihre früheren Chargen einzusetzen, innerhalb des Lagers unter ihren eigenen Chargen „Exerzierdienst“ durchführen zu lassen, sie durch Personen beaufsichtigen zu lassen, „die sich in den Ländern, denen die Gefangenen angehören, bereits aufgehalten haben, die Sprache der Gefangenen und ihren Volkscharakter kennen und der vorliegenden Aufgabe, über die sie nach Maßgabe ihrer Kompetenz zu informieren sind, Interesse entgegenbringen“,

schließlich durch den Lagerkommandanten regelmäßig Bericht erstatten und diesen auch dem Auswärtigen Amt und dem Stellvertretenden Generalstab zugänglich zu machen. Das Auswärtige Amt folgte den Vorschlägen Nadolnys sogar gegen den Rat Max von Oppenheims, auch die gefangenen „russischen Mohammedaner“ in Zossen unterzubringen.

Ende Januar 1915 sollte das „neue Lager“, alle 10 600 in Deutschland befindliche muslimische Gefangene aufnehmen. Wegen einer Cholera Epidemie verzögerte sich die Aufnahme aber und so wurden zunächst in das Halbmondlager in Wünsdorf bei Zossen etwa 1500 muslimische Gefangene aus dem französischen Heer aufgenommen, während die aus dem britischen und dem russischen Heer noch im „allgemeinen“ Lager wären. Allerdings hatte die Lagerleitung den Eindruck, dass die Nordafrikaner vom ġihād zwar „mit einer gewissen Begeisterung“ gehört hätten und von ihm sprächen, jedoch keineswegs gegen Frankreich kämpfen, stattdessen lieber „in ihre Heimat zurück“ wollten. Die meisten fühlten sich noch als Franzosen, obgleich vor allem die Mannschaften keine Pension zu erwarten hatten und die Ungleichbehandlung zwischen christlichen und muslimischen, Kontinentaleuropäern und Nordafrikanern bekannt war. In den „Halbmondlagern“ sollte das augenfällig anders verlaufen. Muslime erhielten eine zusätzliche Tabakration und durften sich vergleichsweise frei im Lager und seiner unmittelbaren Umgebung bewegen.

Was die generelle Unterbringung anbelangte, so schien sich Max von Oppenheim doch noch durchzusetzen, laut Kriegsministerium lagen ab März 1915 Berichte aus dem Halbmondlager in Wünsdorf bei Zossen wie dem Weinberglager in Zossen vor.



Familienfoto eines britischen Offiziers

Wünsdorf -Zehrendorf

Das sogenannte Halbmondlager wurde zu Beginn des Ersten Weltkrieges bei Wünsdorf zwischen Zehrendorf und Zossen als Lager für kriegsgefangene muslimische Offiziere und Soldaten aus der britischen und französischen Armee errichtet. Das „Halbmondlager“ bestand von 1915-1917/18. Hinzu kam das Weinberglager für Soldaten der russischen Armee von 1915-1918 in Zossen. In beiden Lagern waren insgesamt zwischen 1915-1918 etwa

30.000 Kriegsgefangene interniert. Diese Zahlen hat der Berliner Historiker Gerhard Höpp ermittelt.

Wünsdorf-Zehrendorf nahm neben Muslimen aus dem französischen Heer sowie - seit Frühjahr 1915 – britisch-indische Kriegsgefangenen unterschiedlicher Konfession - Muslimen, Sikhs und Hindus - auf; das Weinberglager beherbergte nach der Verlegung französischer und georgischer Gefangener zwischen September und Dezember 1915 Muslime aus dem russischen Heer, vor allem Tataren, Männer aus den Ländern in Mittelasien und der Kaukasus-Region. Über die Zahl der in den beiden „Halbmond“ Lagern untergebrachten Gefangenen wurden erst seit Anfang 1917 regelmäßige und verbindliche Angaben gemacht, und zwar in den Berichten der Kommandanten; für die Zeit davor lassen sich lediglich vereinzelte Angaben finden, wie in dem Bericht von Nadolny und in Presseberichten finden.

Seit Frühjahr 1917 verringerte sich die Zahl der in beiden Lagern lebenden Gefangenen trotz laufender Zuführungen jedoch drastisch - im Halbmondlager verblieben bis September 1918 etwas mehr als tausend und im Weinberglager weniger als tausend Gefangene. Die Gründe dafür bestanden zum einen in der Verlegung der Männer aus Indien und den afrikanischen Ländern in Lager nach Rumänien

und zum anderen darin, dass außerhalb des Reichs generell mehr Kriegsgefangene in Arbeitskommandos des Heeres eingesetzt wurden: Im September 1918 befanden sich von den 4015 im Halbmondlager geführten Gefangenen 2910 in Rumänien und von den 12 377 des Weinberglagers 11 456 in Arbeitskommando, für die sie bezahlt wurden. Die Arbeitskommandos sahen beispielsweise die Arbeiten im Lager vor, die Wäscherei, Schneiderei, Tischlerei, eine Werkstatt für Metallarbeiten, das Küchenpersonal, die Latrinen und das Sanitätspersonal, die Landwirtschaft und ähnliches mehr. Im Weinberglager wurden die Männer auf dem Soldatenfriedhof, in der Landwirtschaft sowie in der Holz- und Forstwirtschaft von Heer und Kommunen eingesetzt. Zusätzlich wurden mit technischen Kursen Kommandos in elektrotechnischen Betrieben eingesetzt. Hier ist unklar, ob es sich um Betriebe des Heeres, der Kommunen oder der Privatwirtschaft handelte. Während aus dem Lager in Wünsdorf keine Beschwerden bekannt sind, waren die Gefangenen im Weinberglager sehr unzufrieden mit ihrer Behandlung durch die deutsche Heeresleitung, die in Gegensatz zu der „freundlichen Bewirtung und Behandlung durch die Bewohner der Dörfer“ stünde. Vor allem monierten sie die Arbeit am Freitagnachmittag und die schlechte Verpflegung. Wie rasch Abhilfe geschaffen wurde, ist nicht bekannt.

Nicht alle in deutscher Gefangenschaft befindlichen Muslime waren in Zossen. Im „Halbmondlager“ lebten der weitaus größte Teil der Nordafrikaner und Inder, im Weinberglager aber nur etwa die Hälfte der Tataren und Männer aus der Kaukasusregion; die anderen blieben auf zahlreiche andere Lager verteilt, darunter in den Truppenplätzen des Heeres in Czernikow, Görlitz, Hammerstein, Kassel, Lamsdorf, Neuhammer, Neustrelitz, Sagan, Stargard, Tuchel und Wittenberg.

Moschee im Halbmondlager



Die Moschee selbst wurde im „Halbmondlager“ errichtet im Stil der Moscheen von Kairo mit Elementen aus Nordindien errichtet, eine Hinwendung vor allem zu den französischen und britischen Gefangenen. Allerdings war die Moschee nicht groß genug, um allein die Gefangenen im „Halbmondlager“ zu fassen, die diente eher einigen Kulthandlungen, während die eigentlichen Gebete und Praxen vor der Moschee stattfanden. Im Weinberglager stand ein Gebetshaus, dem allerdings nur eine Kuppel angefügt wurde, also einfacher gestaltet war. Aus diesen unterschiedlichen Bauten und den Texten Max von Oppenheims schließen viele Autoren eine „Höherbewertung“ der französischen und britischen Kriegsgefangenen, ebenso die räumliche Trennung, die vor allem der „unterschiedlichen Kultur“ Rechnung tragen sollte, allerdings sind

aus vielen Texten auch eindeutig rassistische Stellungnahmen gegenüber den afrofranzösischen Gefangenen, vor allem aus dem Senegal, zu entnehmen. Die Strategien Ludendorffs für „seinen Militärstaat“ Ober-Ost unterstreicht den aber den Rassismus gegen Slawen (Barbaren) in der OHL. Das Oberkommando war offenbar insgesamt nur fähig, im Osmanischen Reich und im Nahen wie dem Mittleren Osten halbwegs gleichwertige Verbündete zu erkennen und selbst das scheint einigen Generälen sehr schwer gefallen zu sein. Die Arroganz und rassistisch-koloniale Haltung des Generalstabes, bzw. der OHL war aber weniger der Grund für das Scheitern der Strategie Oppenheims im Ersten Weltkrieg als vielmehr die Überschätzung der Macht des osmanischen Sultans, der nicht einmal im zerfallenden osmanischen Reich noch als

Autorität anerkannt war. Die Macht ging von den jungtürkischen Ministern aus, die ihre Vorstellungen auch mit äußerster Brutalität durchsetzten, wie der Völkermord an den (christlichen) Armeniern beweist. Wie weit der Genozid auch von der deutschen OHL mit zu verantworten ist, bleibt weiter offen, obgleich es dafür Anhaltspunkte gibt. An Menschenverachtung mangelte es der OHL nicht, wie auch ihre Strategie an der West- und Ostfront zeigte. Fakt ist, dass die jungtürkischen Minister nach ihren militärischen Niederlagen das Reich nicht mehr halten konnten und das Sultanat letztlich von dem großen Rivalen Enver Paschas, Mustafa Kemal, abgeschafft wurde. Enver Pascha und die jungtürkischen Minister flohen ins Berliner Exil. Von dort aus versuchte Enver Pascha sich mit dem Emir von Bucharas eine neue Heimat zu schaffen, fiel aber, bevor seine Pläne realisiert werden konnten. Trotz seiner zeitweiligen Nähe zu Lenin konnte die SU kein muslimisches Fürstentum brauchen, das ein Imperium in Mittelasien erschaffen und Krieg gegen die Türkei wollte. Die Strategie von Oppenheims ging erst nach 1919 auf, nach dem sich herausstellte, dass weder Britannien noch Frankreich bereit waren, die im Weltkrieg versprochene Unabhängigkeit und Gleichstellung der einstigen „eigenen“ oder osmanischen Herrschaftsgebiete auch tatsächlich zu realisieren. Der „Anti-imperialismus von oben“ wurde mit dem Wortbruch Frankreichs und Britanniens nach 1919 eine äußerst erfolgreiche Ideologie, die von Nationalliberalen und -konservativen aufgenommen und verbreitet wurde. Dieses Gebäude war nun ein eigenständiger Selbstläufer, der die Verbindung zwischen Imperialismus und Kapitalismus aufnehmen konnte. Kritisiert wurde aber nur der europäische Kapitalismus mit Betonung des bekannten antisemitischen Elementes des „jüdischen Finanzkapitals“, die als „(jüdische) US-amerikanische-europäische-imperialistisch-kapitalistische Fremdherrschaft“ gebrandmarkt wurde, während die Herrschaft

Sow. Kriegsgefangene im Halbmondlager



der (einheimischen) weltlichen Fürsten/Führenden und geistlichen Führenden stets dem Wohl und den Interessen der (muslimischen/arabischen/indischen/tatarischen etc.) Bevölkerung diene. Die zionistische Bewegung musste das besonders schmerzlich erfahren. Sämtliche zuvor unterzeichneten Verträge, die eine Anerkennung der Zionisten durch die arabischen Fürsten und Führenden beinhaltete, wurden von Briten und Franzosen nicht mehr anerkannt. In der Folge galt die Zionistische Bewegung als „europäisch-US-amerikanische Agenten, Kapitalisten und Imperialisten“ und bekamen die Wut und Enttäuschung der Menschen zu spüren. Bereits 1919 kam es zu ersten antisemitischen Aufständen im Nahen Osten; sie haben seitdem nicht aufgehört. Auf dieser Grundlage fiel es wenige Jahre später den völkischen und faschistischen Bewegungen aus Europa leicht, im Nahen und Mittleren Osten Verbündete für ihre Vernichtungspläne zu gewinnen. Auch die NSDAP hatte es leicht, Partner zu finden, die sich am Judenmord und Vernichtungskrieg beteiligten. Moslembruderschaften, Hamas- sie alle stehen faschistischen Bewegungen nahe.

Heimatfront

Das Deutsche Reich war „Heimatfront“, der industrialisierte Massenkrieg mit seinen Schrecken des Giftgases, der Flugzeugbombardements, der Kanonen und Granaten betraf die „fernen Fronten“. Nur heimkehrende Soldaten und die Nachrichten von der Front in Form von Propaganda seitens der kriegsteilnehmenden Militärbüros erreichten die Angehörigen, die Millionen Frauen, Kinder und Älteren, die den Platz von jüngeren Männern in den Fabriken und Büros, Amtsstuben und Spitälern einnehmen mussten- zusätzlich zur Familienarbeit. Nach dem Verlust der Kolonien und damit unbezahlter Arbeitskräfte, Rohstoffe und Öl, musste die Industrieproduktion im Reich gesteigert werden und dazu benötigte die Oberste Heeresleitung „gute Stimmung“- also keine Streiks, keine Demonstrationen, keine Antikriegsparolen und funktionierende 12- 14 Stunden-Schichten in den Rüstungsfabriken.

Der von Kaiser Wilhelm verkündete „Burgfrieden“ war spätestens nach den ersten schweren Niederlagen 1915 zerbröckelt und wurde 1916 endgültig durch das „Hindenburg-Programm“ ersetzt. Dieses Programm beinhaltete eine Fokussierung auf Kriegsproduktion, Einführung der Arbeitspflicht für Männer, Ausweitung der Frauenarbeit und neue Propagandamethoden im Inneren. Neben der seit 1914 wirkenden Zensur als repressiver Maßnahme wurde auch Propaganda oder „Aufklärung“ im Inneren betrieben- dazu richtete das Kriegsministerium eigens „Aufklärungsbüros“ ein. Sinn und Zweck war es, der Bevölkerung klar zu machen, weshalb sie treu und ergeben an die Sache des Verteidigungskrieges in Frankreich, Russland und Belgien glauben, hungern und frieren aber national gesinnt, also opferbereit ausschließlich Bomben drehen sollten. Teil des Hindenburgprogramm war es, der Bevölkerung nichts vorzumachen, also Hunger nicht kleinzureden, sondern mit pat-

riotischer Pflicht zu verbinden. Gemäß der „Aufklärungsschriften“ war Frankreich bereits am Boden, England der Hauptgegner, der wirtschaftliche Konkurrent, während die größte Gefahr von den „radikalen Sozialdemokraten“ ausginge, die unzufrieden einen Frieden um jeden Preis wollten, einen „faulen“ Frieden, der die Versorgungslage nur verschlechtern würde. Der Grundstein zur Dolchstoßlegende war gelegt. Als Mittel der Aufklärung fungierten Kirchen, Presse, Schulen und die Lichtspielhäuser, die frühen Kinos. Neben Spielfilmen wurden Wochenschauen eingesetzt, die den vermeintlichen Frontverlauf erklärten. Neben dem Medium Film setzte die OHL auch auf Flugschriften. Damit sollten die „bildungsfernen“ Schichten, ArbeiterInnen, angesprochen werden. Verbreitet wurden solche Handzettel in Kirchen und in den Fabriken, unterstützt von Rednern, die von der Front berichteten. Doch eine echte Gefahr ging von den Berichten der Soldaten aus, die mit ihren Kriegsberichten die Heimatfront erschütterten. Dagegen setzte die Reichsregierung 1916 nach den furchtbaren Schlachten an der Marne eine Zentralstelle für „Heimataufklärung“, die die notleidende Bevölkerung von weiteren Kriegsjahren überzeugen sollte. Diese Zentralstelle, vom Militär als eigentlichem Machthaber als unerwünschte Konkurrenz wahrgenommen, setzte seine Arbeit nach 1918 fort. 1933 wurde sie eingestellt, die NSDAP hatte effektivere Methoden der Beeinflussung.

Im Militär wurde als vorrangige Aufgabe die „Schulung“ der Soldaten angesehen. Das Entsetzen des industrialisierten Massenkrieges, das Giftgas, das Leben und Gesundheit zerstörte, die ständige Todesangst, die das Leiden der „Kriegszitterer“, Anspannung, Überreizung, Depressionen und Erschöpfungszustände hervorbrachten, wurde von den Heimkehrern berichtet und zerstörte sämtliche heilen Welten, die das Militär so mühselig errichtete. Eine weitere Strategie der OHL war, im Ausland Aufstände zu schüren. Dazu wurde



die „ausländische“ radikale Sozialdemokratie unterstützt, indem beispielsweise Wladimir Lenin mit Hilfe des deutschen Militärs aus dem Schweizer Exil nach Russland heimkehrte, um die Ordnung des Zarenreiches nachhaltig zu erschüttern. Mit Hilfe von Büchern und Zeitschriften, Flugblättern und Agitatoren wurde die revolutionäre Stimmung unter den russischen Militärs weiterangeheizt und als die Februarrevolution 1917 ausbrach, in deren Folge der Zar abdanken musste, konnte sich die OHL einen Anteil daran zugute schreiben. Letztlich brach die Revolution aber wegen der realen Missstände und Konflikte der russischen Gesellschaft aus, den gewaltigen Unterschieden zwischen Stadt und Land, der Klassengesellschaft,

dem Hunger und den schrecklichen Lebensbedingungen, dem despotischen Staatswesen, der brutalen Willkür des Adels und des Staatsapparates. Aber die OHL nutzte die Situation zu ihrem Vorteil aus. Rudolf Nadolny war als Referent für Ostpolitik des Auswärtigen Amtes sowohl mit für die Unterstützung der Russischen Revolution „zuständig“ als auch Teilnehmer der Verhandlungen über das Abkommen von Brest-Litowsk. Er war mit beteiligt am Zustandekommen des sowjetisch-deutschen Militärabkommen und zeitweise Leiter des Büros Friedrich Eberts. Durch das Abkommen von Brest-Litowsk endeten im März 1918 die Kriegshandlungen für das Deutsche Reich an der Ostfront.

Seminare

Als Kaiser Wilhelm den ġihād ausrief

Als 1915 das Deutsche Reich erstmals Gefahr lief, den Krieg zu verlieren, kam dem Orient-Berater des Kaisers eine grandiose Idee: Die Muslimischen Untertanen der Kriegsgegner Britannien, Frankreich und Russlands zum Heiligen Krieg für Kaiser Wilhelm aufzurufen. Achtung und Respekt prägte das Verhältnis zwischen den Herrschern in Berlin und Istanbul. Es schien also eine gute Idee, Bevölkerung und Kriegsgefangene zum Krieg gegen die britische, französische und russische Fremdherrschaft aufzurufen. Doch Kriegspropaganda ist eine gefährliche Waffe, sie kann nicht einfach in den Schrank zurückgestellt werden, sondern entwickelt ein Eigenleben.

Seminar 2 Tage

Erster Tag: Einführungsvortrag

Zweiter Tag: Exkursion Halbmondlager in Wünsdorf

Vertiefung in Arbeitsgruppen

Abschlussgespräch

Kosten: 15 Euro pro Person, inklusive Mittagsbuffet
auch vegan/vegetarisch

Heimatfrontpropaganda

Spätestens nach dem „Schweinemord“ von 1915, Missernten und Seeblockaden begann an der Heimatfront der Hunger bis hin zum Hungersterben. Zeitgleich wurde der zerbröckelte „Burgfrieden“ vom „Hindenburgprogramm“ abgelöst. Das beinhaltete die „totale“ Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg. Wirtschaft, Staat und Verwaltung wurden vollständig auf die Bedarfe der Kriegswirtschaft umgestellt. Doch auch die Soldaten sahen keinen Sinn mehr in den zermürbenden Stellungskriegen im Westen und entwickelten Sympathie für die Revolution im Osten. Also musste eine gute Geschichte erfunden werden, um alle bei der Stange zu halten mit verheerenden Folgen: Der Dolchstoß in den Rücken der tapferen Soldaten durch die streikenden ArbeiterInnen, aufgehetzt durch jüdische Propaganda und die Sozialdemokratie..

Seminar 1 -2 Tage

Einführungsvortrag

Option: Führung Tempelhofer Feld

Arbeitsgruppen

Abschlussgespräch

Kosten: 10 Euro pro Person inklusive Mittagessen, ermäßigt 5 Euro

Freikorps

Bereits vor der Revolution im Deutschen Kaiserreich überlegte die Oberste Heeresleitung Freikorps aufzustellen, um eine Revolution zu verhindern. Letztlich wurden sie von den Ereignissen überholt. Ihre Chance erhielten sie, als Weihnachten 1918 die Revolutionsgarden aus Wut über die ausstehende Bezahlung den sozialdemokratischen Stadtkommandanten und MSPDler Otto Wels einsperrten, zusammenschlugen und über die hastig zusammengerufenen „Ersatzgarden“ rasch siegten. Der über alle Entwicklungen sehr unglückliche Parteivorsitzende Friedrich Ebert nahm das Angebot von General Gröner, einem Mitglied der Obersten Heeresleitung, zu einem Pakt an- die Reichswehr hatte die alleinige Befehlsgewalt über das Heer, das dafür dem Rat der Volksbeauftragten loyal gegenüber stünde und die Republik schützte. Damit war der Weg frei für die Freikorps- unter Führung von General Reinhardt fuhr die Berliner Garnison der Landjäger aus Zossen zum Berliner Militärbahnhof in Tempelhof und der Papestraße (heute Südkreuz) und richteten ein Blutbad an, in dessen Rahmen auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden. Doch das war nur der Auftakt.

Seminar 1-2 Tage

Einführungsvortrag

Option: Exkurs Zossen

Option: Führung Tempelhof- Militärbahnhöfe und Aufmarschfeld Arbeitsgruppen

Abschlussdiskussion

Kosten: 15 Euro pro Person

Dolchstoßlegende

Die inländische Sozialdemokratie, vor allem die sogenannte „radikale“, wurde von der OHL massiv bekämpft. Die Oberste Heeresleitung waren aber nicht die einzigen, die Kriegspropaganda betrieben. Die Alliierten waren ebenso aktiv, vor allem die britische Propaganda lief nahezu vorbildlich. Im Gegensatz zur deutschen Aufklärung arbeitete die britische Heeresleitung nicht mit dem Holzhammer der direkten Beeinflussung, Drohungen oder Unterstellungen. Hier wurden Fakten verbreitet, die mit der Sichtweise des britischen Militärs nur indirekt verknüpft wurden. Ziel war, auf die Meinungsmachenden Einfluss zu nehmen und sie auf die britische Seite zu ziehen. Frieden war ein Ziel, dem sich die Sozialdemokratie anschließen konnte. Entsprechend druckte die Partei die Forderungen der britischen militärischen Abteilung ab. Für die OHL kam der Abdruck solcher Friedensforderungen zum einen dem Hochverrat gleich und war zum anderen eine willkommene Ablenkung von sich selbst. Der Krieg an der Westfront musste im Sommer 1918 endgültig als verloren gelten, Ludendorff erlitt einen Nervenzusammenbruch und empfahl einen sofortigen Waffenstillstand. 1917 waren die USA an der Seite der Alliierten in den Ersten Weltkrieg eingetreten und verstärkten ab 1918 kriegsentscheidend die französische Front. Damit waren die Alliierten den Mittelmächten überlegen und gewannen den Krieg.

Ob Ludendorff tatsächlich einem Frieden zugestimmt hätte, muss als unwahrscheinlich gelten, denn seine Kriegsziele schlossen die Sorge für das Wohlergehen der Bevölkerungen Europas oder wenigstens der eigenen Bevölkerung ausdrücklich nicht ein. Im Gegenteil, im militärisch-ständischen Denken Ludendorffs waren es Untertanen, die zu tun hatten, was ihnen befohlen wurde. Mit Empfehlung der Aufnahme von Waffenstillstand und Friedensverhandlung an den Kaiser unter ausdrücklicher Einbeziehung der Sozialdemokratie

baute Ludendorff aber die Dolchstoßlegende, die Weiterentwicklung der Heimatfrontpropaganda weiter aus: „Sollen sie die Suppe auslöffeln, die sie uns eingebracht haben“. Schuld an der Kriegsniederlage war nicht die OHL, die einen Krieg angezettelt hatte, auf den sie nicht vorbereitet war und der alle Ressourcen bis zur „totalen Mobilisierung“ an das Militär band und die eigene Bevölkerung Hunger und Elend auslieferte. Die massive Zerstörung Frankreich und Belgiens, der Bombenterror oder die Giftgaseinsätze waren nur Feindpropaganda oder wurden gar nicht thematisiert. Ebenso wenig war die Ostfront, die massive Gewalt in Russland oder die Beteiligung oder Unterstützung des Genozid an den Armeniern ein Thema. Der Krieg an den fernen Fronten in Asien und Afrika war weit entfernt, die Verbrechen in den deutschen Kolonien in Afrika, das Seuchen- und Hungersterben in den Lagern, denen Hunderttausende zum Opfer fielen, die Beteiligung an Sklavenhandel waren allesamt kein Thema. Schuld an allem war selbstverständlich die „radikale Sozialdemokratie“ mit ihrer Propaganda von Frieden um jeden Preis. Ludendorff und Hindenburg verfassten selbst die Dolchstoßlegende, sie schoben die Novemberrevolution auf die Wirkung „ausländischer Propaganda“, insbesondere der „jüdisch-britischen“ Agitation zu, die sich der Sozialdemokratie bemächtigt hätte. Ihr eigener Anteil an der Februarrevolution in Russland passte zwar nicht in dieses Bild, war aber auch kaum bekannt. Letztlich war die Revolution im Deutschen Reich aber ebenso wenig Ergebnis einer Propaganda wie die Russischen. Die britische Agitation benannte nur die Fakten und Konflikte, die es tatsächlich gab, die Klassengesellschaft im Deutschen Reich, das Elend der Land- und WanderarbeiterInnen, das bittere Los der an- und ungelernten Arbeiter, zumeist Frauen.

Hinzu kamen Spannungen zwischen den Bevölkerungen der verschiedenen Fürstentümer und Königreiche im Deutschen Reich. Und der Rassismus gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Menschen

aus Mittel- und Osteuropa und Afrika war ungebrochen. Bedauerlicherweise misstrauten die Protagonisten der Revolution einander zutiefst. Und es gab die Gewerkschaften, den ADGB, der auch noch eigene Interessen hatte, die weder mit denen der Revolutionären Obleute, den Betriebsführenden, den eigentlichen „Machern“ der Revolution, noch mit denen der sozialdemokratischen Gruppen und Parteien. Im Hindenburgprogramm war der „vaterländische Hilfsdienst“ vorgesehen, der erstmals die Pflicht zur Bildung von Arbeitervertretungen beinhaltete. Alle Männer zwischen dem 17. und dem 60. Lebensjahr, die nicht zur Armee eingezogen worden waren oder nicht vor 1916 in einem agrarischen oder forstwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet hatten, wurden nach diesem Gesetz verpflichtet, in der Rüstungsindustrie oder in einem kriegswichtigen Betrieb zu arbeiten. Durch die gesetzliche Arbeitsverpflichtung war die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufgehoben. Damit sollte auch eine politische Betätigung verwehrt werden. Ein Zugeständnis an die Gewerkschaften waren die mit § 11 vorgeschriebenen ständigen Arbeiterausschüsse, die in allen Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern einzurichten waren. Streik sollte damit verhindert werden, denn der galt als Verrat am Heer, als Verrat am Vaterland. Und natürlich die Generalität fasste ihn so auf, denn Erich von Ludendorff war nicht der einzige General, der Parlamente und Demokratie, Sozialdemokratie und Gewerkschaften verabscheute, das war im gesamten Adel, der die Generalität stellte, üblich. Die Gewerkschaften waren zu diesem Zeitpunkt bereits tief gespalten, ein Spiegelbild der ArbeiterInnenbewegung als ganzen und so war die Beteiligung am Hindenburgprogramm stark umstritten. Zudem verbreitete die OHL vor allem weiter an Soldaten und ArbeiterInnen in den Fabriken ihre Propagandaschriften. Diese Heimatfrontpropaganda stieß in die gespaltene Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wie das Gift, dass zu sein, sie anderen unterstellte.

Verteidigung der Macht

Hans von Seeckt, zeitweise oberster Berater und faktischer Generalstabschef der osmanischen Armee, nahm dabei eine Verbindungsposition ein, denn von Seeckt war im Generalstab mit „zuständig“ für die Aufstellung der Freikorps und die Friedensverhandlungen in Versailles, er wurde „Chef des Truppenamts“ und „Chef der Heeresleitung“. Auf ihn und seine „Truppen“ in Reichsverteidigungsministerium und Reichsverkehrsministerium geht die „schwarze Reichswehr“ mit der reichsweiten Gründung der „zivilen“ Flughäfen ab 1920 zurück. Mochte Leonhard Adler der „Vater“ der Berliner Flughäfen sein, Geld und Initiative gingen von der reichsweiten Seecktschen Planung für die Wiederaufrüstung und Modernisierung der „schwarzen Reichswehr“ aus.

Im Juli 1917 veröffentlichte der Hauptausschuss des Reichtages auf Forderung des Abgeordneten Matthias Erzberger (Zentrum) eine Friedensresolution. Für den Generalmajor von Seeckt war das für die Alliierten sehr schwache Friedensbekenntnis der Mehrheitsparteien ein Verrat an den Truppen und er war nicht der einzige. Im Zentrum der Dolchstoßlegende stand die Sozialdemokratie, die den Friedenswillen am lautesten und von den Alliierten am ernsthaftesten wahrgenommen verkündeten, doch Erzberger stand seitdem auf einer sprichwörtlichen „Todesliste“.

Trotz Friedensverhandlungen, an denen er beteiligt war, ließ die OHL, die das Denken von Seeckt weitestgehend teilte, verbreiten, dass Streik ein „Verrat“ am Vaterlande sei, der Dolchstoß in den Rücken des Heeres, das nur und allein deswegen den Krieg verloren hatte. Streikende ArbeiterInnen waren also die Feinde, sie und alle, die sie unterstützten. Streik und Sozialisierung galt als verabscheuungswürdiges Verbrechen. Das wurde auch den Soldaten-

räten eingeredet, die noch die Feldzeitungen erhielten und auch lasen. Die britische Propaganda hatte sich ab 1917 auf die Kritik an den Hohenzollern konzentriert, doch es gab auch Schriften, die auf die Kriegsgewinnler und die „undankbare“ Heimat verwiesen. Und alle Verzögerungen, die mangelnde Versorgung der verletzten Soldaten, das zögerliche Angehen von kommunalen Neuwahlen, der Versorgung und Unterstützung von Witwen und Waisen, die geringen Renten oder Wiedereingliederung von Kriegsversehrten, die mangelnde Unterstützung von Frauenarbeit oder dem Aufbau von Strukturen der Familienhilfe, von Kindertagesstätten und Jugendzentren, schien die Propaganda der OHL und der politischen Rechten zu verstärken. In der „Soldatenaufklärung“ den Flugschriften und Zeitungen, Rundschreiben und Büchern wurden den Soldaten spätestens ab 1917 eingetrichtert, dass Streik ein Verrat sei und alle Streikenden und noch schlimmer, Streikführer, Hochverräter. In der Sichtweise der OHL waren also alle Sozialdemokraten, ob MSPD oder USDP, Spartakisten oder spätere KPD vor allem eins: Verräter. Und als diese Verräter auch noch die Waffenstillstandsbedingungen ohne jedes Wenn und Aber akzeptierten und unterschrieben, war nicht nur die Provinz „Ober-End“ in Gefahr, alles, wofür die Generäle je gekämpft hatten, war dahin. Den Revolutionären, auch den unfreiwilligen, scheint all das nicht klar gewesen zu sein. Der Krieg im Osten war der „Heimatfront“ offenbar noch ferner als der Krieg „im Westen“. Frieden, Brot und Demokratie/ Sozialismus lauteten die Forderungen- dafür hatten die proletarischen Frauenverbände, die revolutionären Obleute, die Matrosen und Industriearbeiter gekämpft und geblutet und dafür wollten sie weiterkämpfen. Und dafür waren Menschen gestorben. Für den 20. November war auf dem ehemaligen Exerzierfeld eine Trauerkundgebung für diese Toten der Revolution angesetzt, die vor allem am bereits besser erschlossenen westlichen Teil stattfand- hier stand die Bahn zur

Die Bestattung der Revolutionsopfer.

Trauerrede.



*Novemberrevolution/
Trauerkundgebung Tempelhofer Feld*



*Freikorps
Walter Reinhard*

Verfügung- der Militärbahnhof war nur das dritte Gleis, das die Eisenbahnregimenter in Schöneberg ebenso wie ein Zusatz-Gleis die Garde-Train-Regimenter in Tempelhof anschloss. Für die zu erwartende Menschenmenge bot sich die Freifläche an- hier sollte Einigkeit demonstriert und an sie appelliert werden.

Ob den Teilnehmenden an der Trauerkundgebung am 20. November 1918 die Gefahr durch die OHL bewusst war, ist fraglich. Die Forderung nach Generalstreik und der Zwist zwischen MSPD und USPD, das tiefe Misstrauen im Rat der Volksbeauftragten, die Weigerung Eberts und Wels, die ausstehenden Löhne der Matrosen zu zahlen, die mangelnde Kommunikation untereinander und nach außen waren dagegen ein Geschenk für die OHL. Das Agieren des ADGB, der freien Gewerkschaften, gegen die Revolutionären Obleute, der „Stinnes-Legien-Pakt“ der die Übereinkunft des Krieges bekräftigte, hatte vor allem die Festigung der Macht des ADBG zur Folge, wenig aber mit Emanzipation und Selbstbestimmung oder gar einer Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit. Die spätere Enttäuschung, Streiks und Proteste waren also mehr als verständlich. Dennoch hatte die vormalige Sozialdemokratie einen gewaltigen Sieg errungen, waren reale Verbesserungen und Emanzipationsmöglichkeiten spürbar und vorhanden. Insofern war die Situation an diesem Tag angespannt, doch wäre die Revolution am 20. November 1918 zu retten gewesen, hätte die Weimarer Republik erfolgreich werden können.

In der Literatur werden meist die alten Frontstellungen des Konflikts zwischen MSPD und Spartakus, die sich in der Spaltung von SPD und KPD manifestierte, wiederholt. Diese Frontstellung soll hier nicht wiedergegeben, sondern weitere Fakten im Versuch einer Abwägung benannt werden.

Grundsätzlich gilt, dass die OHL von Beginn an Putschversuche

gegen die ihr verhasste Revolution unternahm und bis zu den sog. „Weihnachtsunruhen“ scheiterte. Friedrich Ebert stand im Mittelpunkt der Überlegungen der Putschisten der OHL- ohne ihn und die Sozialdemokratie hätte es keinen Frieden gegeben, denn die Alliierten weigerten sich, mit den Militärs, denen sie zutiefst misstrauten, einen Frieden abzuschließen. Und die OHL wusste, dass sie den Krieg verloren hatte, wenn auch Ludendorff nach seinem Nervenzusammenbruch offenbar der eigenen Heimatfront-propaganda zu glauben zu schien. Die Möglichkeit des Putsches scheiterte zunächst am Eingreifen der USPD, der Revolutionären Obleute und an der Kriegsmüdigkeit der eigenen Soldaten- diese wollten nach Hause oder schlossen sich sogar den Revolutionären an. In den Kasernen- so auch rund um das Tempelhofer Feld- herrschte zunächst Kriegsmüdigkeit, von hier war noch bis Dezember kein Putsch zu erwarten. Dennoch unternahm die OHL alles, um die MSPD und besonders Ebert und Wels von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zu überzeugen. Die Furcht vor einem Putsch von „links“, nach dem Vorbild der Bolschewiki in Russland trieb dann Ebert tatsächlich in die Arme der OHL. Es kam zum Pakt zwischen ihm und General Gröner, den ihm von General Groener angeboten wurde- der musste sein politisches Überleben sichern und wünschte sich, ebenso wie auch die OHL, die in miteinander konkurrierende Gruppen aufgespalten war, wie die neuere Militärgeschichtsforschung darlegt, eine Zukunft für seine Pläne. Von ihnen ging ohne jeden Zweifel die größte und entscheidende Gefahr aus für die Revolution.

Auch den Spartakisten und der späteren KPD wird eine Mitverantwortung gegeben- am 20. November sprach auch Karl Liebknecht auf dem Tempelhofer Feld. Welchen Einfluss hatte Karl Liebknecht tatsächlich, war er so gefährlich, wie ihn die Propaganda, die politische Rechte darstellte? Letztlich war Karl Liebknecht zwar sicher bekannt, doch gerade erst aus dem Gefängnis entlassen worden. Bei



**Ebert im Kreis der
„Novemberverbrecher“**

der ersten Abstimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 war er nicht einmal im Reichstag, die anwesenden Fraktionsmitglieder hatten alle zugestimmt. Erst bei der Folgeabstimmung im Dezember blieb er sitzen, während die anderen 30 „Abweichler“ nicht an der Abstimmung teilnahmen. Die Burgfriedenspolitik scheiterte nach verlustreichen Niederlagen der OHL im Frühjahr 1915 endgültig. Träger des Widerstandes waren die proletarische Frauenbewegung, die Revolutionären Obleute sowie die Arbeiterjugend. In den Revolutionären Obleuten fand der Spartakus aber keine Mehrheit, im Rat der Volksbeauftragten waren sie nicht vertreten, insgesamt zeichnete sich der Spartakusbund durch eine schwache Position aus. Die Mehrheit der umworbenen ArbeiterInnen entschied sich deutlich für sozialdemokratische Reformpolitik. Auch der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember entschied sich für eine parlamentarische Republik. Die aus dem Spartakusbund neu gegründete Kommunistische Partei beschloss den Boykott der Wahlen und nicht einmal mit den ihnen nahestehenden Revolutionären Obleuten war eine Einigung möglich. Damit hatte sie auch keinen Einfluss auf die Industriearbeiterschaft. Die junge Partei war völlig heterogen in ihrer Meinung und Zusammensetzung, verfügte über keine erfahrenen Kader und war ohne klare Standpunkte, womit sie keine wirkliche Herausforderung darstellte.

Als Weihnachten 1918 Kämpfe zwischen Matrosen und Regierungstruppen ausbrachen, ist zu fragen, ob das ein notwendiger Kampf war. Die Volksmarinedivision, die immerhin die Revolutionsgarden darstellten, hatten keinen Sold erhalten und nahmen nach erfolglosen Verhandlungen Otto Wels als Geisel. Der wurde wegen der verschleppten Auszahlung verprügelt, was auch damals einen Straf-

tatbestand darstellte. Erste Freikorps aber hatten zuvor in einen Demonstrationszug der Spartakisten geschossen und mehrere Menschen getötet. Das wurde ebenso wenig untersucht wie das Verhalten der Matrosen und Otto Wels. Auch Ebert musste sich keinen Fragen zumindest der USPD stellen. Und dass die USPD aus Protest gegen die Weihnachtskämpfe aus dem Rat der Volksbeauftragten auszog, gab Friedrich Ebert oder besser der OHL und General Groener neuen Handlungsspielraum. Nach dem Versagen der Gardetruppen hielt die OHL die Zeit für gekommen, die bereits weitgehend existierenden Freikorps genehmigen zu lassen. Als die USPD die Regierung verließ und Noske ernannt wurde, brauchte dieser keine Armee aufzustellen, er musste sie nur noch abholen..

Als Anfang Januar das Zeitungsviertel als Reaktion auf die Entlassung von Emil Eichhorn, dem Berliner Polizeipräsidenten, besetzt wurde, hätte eine verantwortungsvolle Partei die Kämpfe abbrechen müssen, es gab keine realistische Aussicht auf einen Sieg gegen die sozialdemokratischen Regierungstruppen. So wurden die Januarkämpfe verloren, der Kampf um das Zeitungsviertel und den Vorwärts, den vielen Kommunisten noch als „ihre“ Zeitung wahrnahmen. Stattdessen kämpften Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten und töteten einander. Dem gescheiterten Aufstand folgte eine Welle brutaler Repressionen und Morde durch die Freikorps. Mit Erlaubnis von Gustav Noske stellte die OHL die Freikorps zusammen, die unter der Leitung von General Lüttwitz ein Blutbad anrichteten, dem auch Karl Liebknecht (und Rosa Luxemburg) zum Opfer fiel. Die Angst vor der Revolution, „russischen Verhältnissen“, also einem undemokratischen Putsch und den eigenen GenossInnen, die Fehlinformationen und die ständige Agitation der OHL waren

ganz erheblich gefährlicher als die im Januar schwache und völlig uneinige Partei mit ihren Aufstandsversuchen oder der weitgehend einflusslose Karl Liebknecht. Die Befürchtungen der MSPD gingen an der Realität vorbei, womit sie sich alle Handlungsspielräume verschlossen und stattdessen die republikfeindlichen alten Eliten wiedereinsetzten, die konsequent an der Zerstörung der Republik arbeiteten. Auch die revolutionären Obleute und die USPD haben ihre Möglichkeiten und Spielräume nicht genutzt. Statt im Dezember aus dem Rat der Volksbeauftragten auszuziehen, hätten sie schlichtweg Noske verhindern und auf einem Auswechseln von Friedrich Ebert bestehen können. Mit einem Wechsel zu einem der anderen Spitzenfunktionäre der MSPD wäre es möglicherweise auch zu einer Neubesetzung und damit zu der Entfernung des Seecktschen Netzwerkes gekommen, die Einschätzung der politischen Lage wäre vielleicht realistischer beurteilt worden. Weder im Dezember noch im Januar waren die militant auftretenden Spartakisten eine Gefahr- die MSPD hätte sie (wieder)vereint mit der USPD und den Räten bei einer konsequenten und gemeinsamen sozialistisch orientierten Reformpolitik einfach übersehen können. Niemand hätte sterben müssen. Dennoch müssen Fragen offenbleiben- wie weit hätten die Alliierten überhaupt eine sozialistisch geprägte Reformpolitik akzeptiert, hätte nicht eine solche Reformpolitik die Gefahr eines Militärputsches möglicherweise mit Unterstützung der Alliierten heraufbeschworen- doch letztlich bleiben sie unbeantwortet. Fakt ist, dass der Pakt zwischen Ebert und Gröner weder notwendig noch sinnvoll war- der Einsatz der Freikorps führte erst zu einer Gewalteskalation, die den Schrecken des Krieges für die bis dahin von direkter Gewalt nicht betroffenen „Heimatfront“ sicher gleich kam und zu einer Spaltung führte, die die Republik und die ArbeiterInnenbewegung nachhaltig beschädigte. Am 20. November 1918 war auf dem Tempelhofer Feld all das noch offen.



*Regiment
Reinhardt*

Freikorps

Im März 1918 waren mit dem Frieden von Brest-Litowsk und im November 1918 mit dem Waffenstillstand von Compiègne für das Deutsche Reich alle Kampfhandlungen an den Fronten des Ersten Weltkrieges vorbei. Im Zuge der Revolutionen von 1918/19 kam es an allen Schauplätzen der Revolution in Europa zu Gewaltexzessen, die zahllose Opfer forderte. Nach den Vertragsabschlüssen von Brest-Litowsk entstanden neue Staaten, die in den Russischen Bürgerkrieg hineingezogen wurden. Um die Grenzen des wieder entstandenen Staates Polen entstanden weitere exzessive Gewaltausbrüche, besonders in den Abstimmungsgebieten in Oberschlesien. An all diesen Kämpfen waren Freikorps beteiligt, sie spielten sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik eine wesentliche Rolle. Das brutale Vorgehen der Freikorps gegen alle Protestbewegungen und Gruppen, die links von der Ebertregierung standen, wurde ebenso wie die Angriffe auf polnische Staatsbürger in Oberschlesien oder im Baltikum auf bolschewistische Truppen zu einer schweren Belastung der Republik. Denn die Freikorps ließen sich nicht kontrollieren und ihre Demobilisierung gemäß der Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles gestaltete sich äußerst problematisch. Zahlreiche Freikorps beteiligten

sich am Militärputsch von 1920 und etliche bekleideten bei der SS hohe Ränge, andere dagegen wie Hermann Rein oder Heinz von Diringshofen studierten und wurden zu Spitzenforschern. Die Freikorps gelten entsprechend in der historischen Forschung als „Protofaschisten“, als Wegbereiter oder Vorreiter des NS in Deutschland, wie der britische Historiker Robert Waite in seinem Standardwerk beschreibt.

Der Friedensvertrag von Versailles und die Abrüstung brachte die Mehrheit der Freikorps in offene Abwehr der Reichsregierung obgleich sie nur ein Teil der paramilitärischen Gruppen und Verbände waren, die die Weimarer Republik und Mitteleuropa bedrohten.

Paramilitärische Verbände, Konterrevolution und Gewaltexzesse begleiteten auch den Frieden in Österreich – Ungarn, die in zwei Verträgen – St. Germain und Trianon, die Abtretung aller Staaten ihres Imperium bestätigen mussten. Hier waren die paramilitärischen Gruppen Teil der Politik der Alliierten, um eine kommunistische Regierung in Ungarn unter Bela Kun zu verhindern. Um eine deutsch-sowjetische Annäherung zu verhindern und ein „bolschewistisches Europa“ zu verhindern, wurden die Freikorps im ehemaligen „End Ost“ Teil der Militärstrategie der Alliierten gegen die Rote Armee.

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

An der Heimatfront

Einsatz im Reich

Die Aufstellung von paramilitärischen Truppen wurde in der OHL schon im September/Oktober 1918 erwogen. Doch erst die Ereignisse des 10. November 1918 und der Pakt zwischen Ebert und Gröner ermöglichte ihre Aufstellung. Mit der bestätigten provisorischen Regierung, dem Vollzugsrat, den revolutionären Landesregierungen und der nach wie vor existenten OHL gab es also drei Machtgruppen, die um Einfluss rangen. Aus Sorge um die Übernahme der Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte mit dem Vollzugsrat einigten sich Militär und provisorische Regierung auf eine Zusammenarbeit. Für den Schutz der Regierung vor möglichen Umsturzversuchen erhielt das Militär die alleinige

Befehlsgewalt über das Heer und die Erlaubnis zur „Bekämpfung des Bolschewismus“ sowie zur „Grenzsicherung nicht nur im Deutschen Reich“. Dafür gab Gröner eine Loyalitätserklärung gegenüber der provisorischen Regierung ab. Zur tatsächlichen Aufstellung kam es am 15. November, als der Militärstaat „Ober-Ost“ zusammenbrach und die Rote Armee an der Grenze stand. Die USPD lehnte zwar jeden „Heimatschutz“ ab, um keine Konflikte mit der wieder errichteten polnischen Regierung zu provozieren. Die Entscheidung wurde letztlich im Kriegsministerium getroffen: zur Demobilisierung wurde ein „Heimatschutz Ost“ eingerichtet, der weitgehend von Soldatenräten organisiert wurde. Es gab zwei Fronten zu demobilisieren, die Versorgung von Truppen und Zivilbevölkerung zu gewährleisten und Plünderungen und Übergriffe zu verhindern. Auch im Reich sollte ein solcher Schutz aufgestellt werden. Die USPD favorisierte eine „Volkswehr“ aus „zuverlässigen Arbeitern“, während die MSPD eine aus allen Schichten bestehende „Volksarmee“ schaffen wollte. Nach den Konflikten mit der Volksmarinedivision, die mit den Regierungstruppen kurzen Prozess machte, wurde in den Augen der Regierung die Aufstellung einer „Berufarmee“ notwendig..

Nach dem Machtverzicht der USPD und der Obleute durch ihren Auszug aus der Regierung entsprach Ebert den Forderungen der OHL und bereiste die Garnison in Zossen, die aus Ruheleben dorthin verlegt worden war. Nach der Truppenvorführung unterzeichnete die Regierung die Erlaubnis der Aufstellung von Freikorps anstelle von Volksarmeen. Die schlechte Quellenlage lässt nicht zu, wann tatsächlich die ersten Einheiten aufgestellt waren, aber nicht nur in Zossen gab es sie bereits. In Zossen fuhrten die Truppen zum Teil mit der Bahn nach Tempelhof, stellten sich auf dem Tempelhofer Feld auf und vereinigten sich in Charlottenburg und Spandau mit weiteren Truppen, um die aufständischen Arbeiter zu bekämpfen.

Die Militärbahnhöfe erleichterten den Aufmarsch der Freikorps ungemein – so auch in den beiden Bahnhöfen Papestraße und Tempelhof mit ihren dritten Gleisen – den Militärbahnhöfen. Auch die Anwesenheit der Kasernen, der sogenannten Eisenbahnertruppen und anderer, erleichterte die Logistik. Als General Reinhardt und General Maerker, die tatsächlichen „Bluthunde“, mit ihren Truppen in Berlin aufmarschierten, richteten sie Blutbäder an..

Der grundsätzliche Konsens zur Aufstellung von Verbänden bezog die USPD und das demokratische Lager mit ein, so warben Sozialdemokraten, USPD, Soldatenräte und Christen für eigene Truppen, die nicht dem Befehl der OHL unterstanden. Auch der jüdische Frontkämpferbund stand bereit, die jüdische Bevölkerung zu beschützen, die diesen Schutz vor dem sich ausbreitenden Antisemitismus bitter nötig hatte. Die Freikorps wurden also nicht nur von rechtskonservativen Kreisen angeworben, sondern auch von republikanischen Kräften. Eine zentrale Organisation unter demokratischer Kontrolle gab es aber nicht, die Freikorps agierten weitestgehend in rechtsfreiem Raum. Viele entstanden auf Initiative ihrer Offiziere, so die Brigade Ehrhardt oder von Epp. So entstanden sehr heterogene Gruppen, die nur ihren jeweiligen „Führern“ verantwortlich waren und von straffen militärischen Einheiten mit Flugzeugen und schwerem Gerät bis zu unbewaffneten „Ordnungshütern“. Allerdings scheinen die Großverbände, wie die von Generalmajor Lettow-Vorbeck, der sich mit Menschenschlachten im südlichen Afrika einen Namen gemacht hatte, eher das überlieferte Bild der Freikorps geprägt zu haben. Das Gewaltmonopol des Staates existierte praktisch nicht, Waffen waren frei zugänglich, die Soldaten ließen ihre Waffen meist einfach liegen, sie setzten sich in fahrende Züge auf dem Weg nach Hause. Die Freikorps mussten die Waffen und schweres Gerät sprichwörtlich nur „aufsammeln“.

Mitteleuropa

Im Mittel- und Osteuropa war diese Situation besonders schwierig- es gab einen Bürgerkrieg, es gab Truppen, die Russlands Reich wiedererrichten wollten, es gab den Wunsch verschiedener Gruppen in den baltischen Staaten nach Eigenständigkeit und den Wunsch der OHL, ihre Militärkolonie zurückzuerhalten. Freikorps, die ohne Kontrolle und nur mit einer vagen Weisung der Alliierten den Kampf um den deutschen Einfluss wahrnahmen- die OHL hatte in den wiederentstandenen Staaten Litauen, Estland und Lettland deutschfreundliche Regierungen unterstützt, die in der Bevölkerung auf Ablehnung stießen. Aus der Bevölkerung, vor allem den Landarbeitenden, wurden die Bolschewiki in der Hoffnung vor Schutz vor den deutsch-baltischen Großgrundbesitzern unterstützt. Es kam zu bewaffneten Konflikten wobei die Bevölkerungen ihre sehr unterschiedlich interpretierten Rechte aus den Friedensverträgen von Brest-Litowsk auf Selbstbestimmung ableiteten, während die OHL nur an eine Ausweitung des deutschen Imperiums gedacht hatte. Die OHL war nicht bereit, „ihren Militärstaat“ aufzugeben, der aber in der Wahrnehmung in der Landbevölkerung vor allem mit Zwangsarbeit, Hunger, Gewalt und Willkür verbunden war. Entsprechend wurden die Bolschewiki geradezu gebeten, der Landbevölkerung zu helfen. Was die Bauern aber auch nicht wollten, war erneut in irgendein System von Industrialisierung, Staat, Konzern oder ähnliches eingebunden zu werden. Zu lange hatten die Menschen unter Willkür und Zarenherrschaft oder preußischem Militär gelitten. In der Verkennung der Lage und aus Angst vor einer „bolschewistischen“ Übernahme ließen die Alliierten die Freikorps gewähren, bis diese Riga eroberten und ein Blutbad anrichteten. Dann erst griffen die Alliierten ein und hinderten die Freikorps, die ein Teil ihrer Militärstrategie gegen die sowjetische Rote Armee waren, an weiteren Morden. Die SU unterzeichnete einen Friedens

vertrag mit den drei baltischen Staaten und die Freikorps wurden zurückgedrängt. Im Rahmen der Friedensbestimmungen wurden

die Freikorps formal aufgelöst. Viele Männer gaben aber ihre Waffen nicht ab, sondern bildeten weiter bewaffnete Gruppen- und einige terrorisierten die Region weiter.

Die Friedensbestimmungen von Versailles trafen die rechtskonservativen Kreise schwer und die Weisung der sozialdemokratischen Regierung an die Freikorps ihre Waffen abzuliefern und sich aufzulösen, kam einem schweren Hochverrat gleich. Vor allem aber die Reduzierung auf ein 100.000 Mann Heer war eine herbe Niederlage, es kam zum Putsch. Die Reichsregierung rief den Generalstreik aus und als Folge dessen glaubten viele Menschen, nun endlich die Versprechen der Revolution einlösen zu können- der Bürgerkrieg im Ruhrgebiet war die Folge. Und als wäre nichts geschehen, griff die Regierung erneut auf dieselben Truppen zurück, die zuvor den Putsch mit inszeniert hatten. Danach erst wurden sie entlassen. Ihre Offiziere sorgten für eine Anstellung zum Teil in der Landwirtschaft. Die Ruhrkämpfe sind aber ein eigenes Kapitel.

Die Freikorps entwickelten sich im Verlauf der Weimarer Republik zu einer der gefährlichen paramilitärischen Gruppen, die eine ständige Bedrohung für die Regierung und die Republik darstellten. Sie erhielten bald Konkurrenz, der Stahlhelm hatte mehr Zulauf und bald gründete ein Freikorpskämpfer aus Bayern seine eigene Organisation, die dem Begriff des Terrors eine neue Bedeutung geben sollte- Ernst Röhm.

Zwischen Flucht und Migration

In Wien und Budapest, den beiden Metropolen des Habsburger Reichs dauerte es lange, bis Monarchie und Militär die Niederlage und ihre Trennung akzeptieren konnten. Nachdem Ludendorff im Spätsommer nach einem massiven Angriff der Alliierten an der Westfront den sofortigen Waffenstillstand empfohlen hatte, vergingen noch einige Wochen, bis die Doppelmonarchie reagierte. Erst im Oktober, als sich in Böhmen und Mähren längst die Nationalversammlungen zu konstituieren begannen, Kroaten, Serben und Slowenen sich zu einer konstitutionellen Monarchie zusammenschlossen und in Wien und Budapest Massendemonstrationen das Ende des Krieges forderten, begannen die Monarchen sich auf die „neue“ Zeit einzustellen. Eine Kriegspropaganda wie im Deutschen Reich hatte es auch gegeben, wenn auch mit anderen Schwerpunkten. Die ġihād-Strategie erschien als zu riskant, da seit 1875 mit der Annexion Bosnien und Herzegowinas (wieder) muslimische Untertanen zum Reich zählten. Mit der Besetzung Albaniens und Serbiens waren weitere muslimische BürgerInnen hinzugekommen, die sich nicht gegen Wien oder Budapest auflehnen sollten.

Seit 1916 begann in Ungarn die vorsichtige Annäherung des Parlamentes an die Alliierten, die Ende Oktober in die sog. Asterrevolution mündete. Ungarn und Österreich hoben im gegenseitigem Einvernehmen ihre Realunion auf und begannen jeweils eigenständige Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Die Bedingungen für beide waren hart- alle Fürstentümer und Königreiche wurden unabhängig und zum Teil aufgeteilt unter den neuen Staaten, die wie Polen als Folge des Friedens von Brest-Litowsk entstanden waren oder sich unabhängig erklärten. Die Ereignisse in Wien sind bekannt- die Sozialdemokratie erlangte rasch in

allen Gremien eine Mehrheit und unterschrieb weitgehend unter Vermeidung von Bürgerkrieg den Vertrag von St. Germain. Die Freikorps Österreichs „sicherten“ äußerst brutal aber Kärnten und die slowenische Bevölkerung vor einem Übertritt nach Jugoslawien, bzw. Slowenien.

In Ungarn bildete der vom König mit der Regierungsbildung beauftragte Graf von Karolyi eine Nationalversammlung, die alle politischen Kräfte bündeln sollte. Mit Bekanntgabe der Friedensbedingungen, der Abspaltung Siebenbürgens und des Banat an Rumänien, der „Verlust“ Böhmens, Mährens, der Slowakei und die Entstehung Albaniens und des zukünftigen Jugoslawiens scheiterte die Regierung vollständig. Sie musste zurücktreten, das Parlament wurde aufgelöst. Als nächstes bildeten die Sozialisten und Kommunisten eine Regierung und proklamierten die Räterepublik. Aber auch die Räterepublik sah tschechisches (und rumänisches/jugoslawisches) Gebiet als „ungarisches Staatsgebiet“ und die freiwillige Abspaltung dieser Länder wurde mit Wut und Verbitterung aufgenommen. Entsprechend wurden die neuen tschechischen Truppen als „ausländische Invasoren“ gebrandmarkt. Doch Präsident Wilson aus den USA bestand auf dem Selbstbestimmungsrecht und damit entstand die Tschechoslowakei Jahrhunderte nach der historischen Niederlage gegen die Doppelmonarchie wieder als eigener Staat. Die Waffenstillstandsbedingungen – Selbstbestimmung- galten auch für die Räterepublik, die versuchte, mit Revolutionstruppen, der ungarischen Roten Armee, „sein“ Staatsgebiet zu besetzen. Auch die Revolutionstruppen der Räterepublik unter Bela Kun waren nicht bereit, dreiviertel ihres Staatsgebietes zu verlieren und schon gar nicht die Tschechoslowakei, in der wichtige Universitäten und Industrieanlagen standen- aber die Räterepublik wurde gar nicht erst von den Alliierten als Verhandlungspartner anerkannt.

Stattdessen wurden sie aufgefordert, sich hinter die Demarkationslinien zurückzuziehen. Es kam zum Krieg, viele ungarischen Truppen liefen mit ihren „Freiwilligenverbänden oder Freikorps“ zu den Alliierten über. Die Räterepublik unterlag den Truppen der Alliierten, die Regierung Bela Kun unterschrieb den Vertrag von Trianon. Nun stand ihr die „eigene“ Armee feindlich gegenüber.

Bereits in der ersten ungarischen Republik gab es Überlegungen, Freikorps aufzustellen und die Monarchie zu restaurieren. Mit dem Übertritt des Generalstabschef Ferenc Julier (Franz Julier) zu den Alliierten wurden alle Kampfhandlungen eingestellt, die Räterepublik zerschlagen und eine neue Regierung installiert. Mit Duldung der USA, Frankreich und Großbritannien zog der ungarische Großgrundbesitzer Miklós Horthy an der Spitze seiner 24.000 Mann starken Armee am 16. November 1919 in Budapest ein. Die neu konstituierte Nationalversammlung stellte die (konstitutionelle) Monarchie wieder her, doch die regierenden Habsburger hatten bereits auf den Thron verzichtet. So wurde Horthy zum „Reichsverweser“ einer Monarchie ohne Könige bestellt. Zu diesem Zeitpunkt war ein Flüchtlingsstrom unterwegs-Zielscheibe der militärischen und paramilitärischen Verbände in Mittel- und Osteuropa waren Menschen jüdischer Glaubenszugehörigkeit und Sozialisten, bzw. Kommunisten. Hunderttausende waren auf der Flucht und die Menschen eingerechnet, die nach den Attentaten auf den Zaren fliehen mussten, waren seit 1890 Millionen Menschen in Europa auf der Flucht. Dieser Strom kam aus den von Bürgerkrieg betroffenen Regionen und unter den Flüchtlingen waren viele Intellektuelle. Neben den politisch und rassistisch-antisemitisch Verfolgten kam der Hunger- der Erste Weltkrieg hatte die europäischen Wirtschaften zerrüttet, die Freikorps und paramilitärischen Verbände noch zusätzlich Zerstörungen angerichtet und mit ihrem Terror Angst verbreitet.

Ziele der Menschen waren Wien, Berlin und die USA. Diese Menschen flohen, um ihr Leben zu retten und sie hinterließen in ihren Herkunftsstaaten eine schmerzhaft Lücke.

Doch auch in Berlin und Wien war der vorhandene Antisemitismus aggressiv geworden. In Ungarn wurde der „jüdische Bolschewik“ konstruiert. Seit den polnischen Teilungen verfolgte die Doppelmonarchie eine Politik der Emanzipation und Assimilierung „seiner“ jüdischen Bevölkerung, aufgrund derer ein weitgehend säkulares, liberales und wohlhabendes Bürgertum entstanden war. Doch schon in der liberalen Polnisch-litauischen Union gab es Universitäten und ein gut vernetztes liberales jüdisches Bürgertum und Adel. Preußen und Habsburg betrieben eine Germanisierungspolitik, Deutsch war folglich eine Handelssprache in Mittel- und Osteuropa, die auch im zaristischen Russland gesprochen wurde. Und dieses Russland reichte bis 1918 nach Warschau. Das liberale jüdische Bürgertum war aber spätestens ab 1800 zu einem Motor der (nationalen) Emanzipationsbewegungen in Mittel- und Osteuropa geworden und wurde nun zur Zielscheibe der nationalen und revanchistischen Hetze. Antisemitismus und Slawenfeindlichkeit sowie die Abwehr der Revolution, die sich in der antisemitischen Propagandafigur des „jüdischen Bolschewiken“ vereinte, breitete sich über den ganzen Kontinent aus und weit über ihn hinaus.

Die deutschsprachigen Flüchtlinge suchten nun in Wien und Berlin eine Zukunft oder zumindest eine Transitstation. Gegenüber den Eisenbahnkasernen am heutigen S – Bahnhof Südkreuz entstand eine Barackenstadt für verwundete und verletzte Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg, die um Sanitätszelte mit einem provisorischen Krankenhaus erweitert wurde. Nach der Verlegung der Patienten in die weitere Heilbehandlung anderer Krankenhäuser wurden Flüchtlinge in diese Baracken eingewiesen.

Diese Flüchtlingslager am Rande des Tempelhofer Westfeldes blieben teilweise bis zu Beginn der 30er Jahre bestehen, bis der Bezirk Tempelhof mit der längst verabredeten Bebauung als Gartenstadt diese Barackenstadt auflöste. Tätliche Angriffe auf diese Barackenstadt sind nicht bekannt, die Menschen, die aus Mittel- und Osteuropa geflohen waren, mussten in anderen Bezirken aber mit ständigen Übergriffen fertig werden. Der erste Höhepunkt wurde das Pogrom auf das sog. „Scheunenviertel“ 1923 in

Berlin-Mitte. Im November warteten viele Erwerbslose vor dem Arbeitsamt in der Gormannstraße in Berlin-Mitte nahe des Alexanderplatzes, um Unterstützungsgelder abzuholen oder sich nach Arbeit zu erkundigen. Als an diesem Tag der Brotpreis auf 140 Milliarden Reichsmark erhöht wurde, eine Versechsfachung des Brotpreises innerhalb einer Woche und es hieß, dass kein Geld mehr zur Auszahlung vorhanden war, kam es zum Aufruhr. Aus der Menge kamen die Rufe „Schlagt die Juden tot“ und Hunderte ArbeiterInnen zogen ins Scheunenviertel, dem Viertel mit einer großen Anzahl von Flüchtlingen, um zu brandschatzen, zu plündern und zu rauben. Ein polizeiliches Eingreifen blieb

lange aus, erst als sich Menschen wehrten und es zu blutigen Auseinandersetzungen kam, griff die Polizei ein. In der späteren juristischen Auseinandersetzung mussten sich die Opfer dafür verantworten, sich (bewaffnet) gewehrt zu haben. Anstifter konnten nicht gefunden werden, doch in der „Heimataufklärung“ wie auch in der ġihād-Strategie war Judenhass eine zentrale Figur, die bis Kriegsende deutlich schriller wurde und zum festen Bestandteil der „Dolchstoßlegende“ wurde..

Wie leicht sich die Menschen, unter ihnen WählerInnen und sogar Mitglieder der Arbeiterparteien und ihrer Umfeldorganisationen, von Hetze zu Pogromen aufrufen ließen, war erschreckend, doch wurde das in keiner der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung reflektiert. Und das ist bis heute so geblieben, obgleich ein im später folgenden NS ein Zivilisationsbruch hinzukam. Die Fragen des US-amerikanischen Historikers Christopher Browning, was die aktive und intensive Tatbeteiligung an Shoah und Vernichtungskrieg von Menschen, die zuvor Arbeiterparteien gewählt hatten, für Auswirkungen hatte, bleiben noch immer unbeantwortet. Ebenso die nach ihren Ursachen.

Kohlentransport



Literaturverzeichnis

Altieri, Riccardo (2013): Freikorps Oberland, Freikorps Epp und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Berühmte Mitgliedschaften und ihre Folgen für das Deutsche Reich. München: GRIN Verlag GmbH.

Barth, Boris (2003): Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914 - 1933. Düsseldorf: Droste (Schriften des Bundesarchivs, 61).

Barth, Emil (2018): Aus der Werkstatt der deutschen Revolution. Rechtfertigungsschrift Emil Barths über seine Rolle vor und während der Novemberrevolution 1918. 1. Auflage. Lüneburg: Reeken, Dieter von.

Benz, Wolfgang (Hg.) (2010): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Technische Universität Berlin. Berlin: de Gruyter Saur.

Brauburger, Jan Peter (2017): „...und sie eilten in Massen, das geliebte Vaterland zu verteidigen.“. Das Jihad-Verständnis osmanischer und deutscher Propagandisten im Ersten Weltkrieg am Beispiel der arabischen Lagerzeitung „El Dschihad Zeitung für die muhammedanischen Kriegsgefangenen“ 1915 - 1916. Masterarbeit. Berlin: Freie Universität.

Brenner, Michael (2019): Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918 bis 1923. 1. Auflage. Berlin: Jüdischer Verlag.

Cleveland, Mark; Laroche, Michel; Hallab, Ranim (2013): Globalization, culture, religion, and values. Comparing consumption patterns of Lebanese Muslims and Christians. In: *Journal of business research: JBR* 66 (8), S. 958–967.

Crasemann, Ferdinand (2018): Freikorps Maercker. Erlebnisse und Erfahrungen eines Freikorpsoffiziers seit der Revolution. 1. Auflage. Berlin: epubli.

Das Unrechtsregime (1986). Hamburg ((Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 21)).

Deist, Wilhelm (1986): Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreichs. Zur Realität der „Dolchstoßlegende“. In: Das Unrechtsregime. Hamburg ((Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 21)), S. 101–129.

Falldorf, Nele (2018): „Bremen war frei“. Erinnerungen des Freikorps Caspari im Jahr 1933. In: Revolution 1918/19 in Bremen: „das ganze Deutsche Reich steht heute gegen uns.“. Bremen: Universität Bremen, Institut für Geschichtswissenschaft, S. 185–214.

Gantner, Eszter B. (2011): Budapest - Berlin. Die Koordinaten einer Emigration; 1919 - 1933. Stuttgart: Steiner (Wissenschaftsgeschichte, Bd. 39).

Groß, Gerhard (2018): Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende. 1. Auflage. Ditzingen: Reclam Verlag (Kriege der Moderne).

Haffner, Sebastian (2018): Die deutsche Revolution 1918/19. 1. Auflage. Reinbek: ROWOHLT E-Book.

Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Renz, Irina (Hg.) (2018): 1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution. Christoph Links Verlag. 1. Auflage. Berlin: Ch. Links Verlag.

Höpp, Gerhard (1997): Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914 - 1924. Berlin: Verl. Das Arab. Buch (Studien / Zentrum Moderner Orient, Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V, 6).

Jones, Nigel H. (1992, 1987): Hitler's heralds. The story of the Freikorps 1918-1923. New York: Dorset Press.

Kanovsky, Nicole (2018): Das Zusammenspiel der bayrischen Sozialdemokraten und Freikorps während der Münchner Räterepublik. 1. Auflage. München: GRIN Verlag.

Kieser, Hans-Lukas (2018): Talaat Pasha. Father of modern Turkey, architect of genocide. Princeton, Oxford: Princeton University Press.

Koch, Christian: Giftpfeile über der Front. Dissertation.

Koch, Hansjoachim W. (2014): Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918 - 1923. 3. Aufl. Schnellroda: Verl. Antaios.

Korn, Wolfgang: Schienen für den Sultan.

Kreutzer, Stefan M. (2012): Dschihad für den deutschen Kaiser: Ares-Verl.

Krumeich, Gerd (2015): Deutschland, Frankreich und der Krieg. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verl. (Klartext Wissenschaft).

Kuckuk, Peter: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage.

Landeskundlich-historisches Lexikon

Mecklenburg-Vorpommern (2007). Rostock: Hinstorff.

Lembke, Dagmar; Meyer, Gerald (2015): Eine Moschee für Kaisers Krieg. 1 DVD- Video (29 Min.). Cottbus: rbb.

Lippert, Peter (2014): Der Aufstieg des Nationalsozialismus 1928 bis 1932. München: GRIN Verlag GmbH.

Loth, Wilfried; Hanisch, Marc (Hg.) (2014): Erster Weltkrieg und Dschihad. Die Deutschen und die Revolutionierung des Orients. Munich, Germany: Oldenbourg Verlag.

Lüttke, Christian: Hans Delbrück und Weimar. Dissertation. Vandenhoeck & Ruprecht.

Motadel, David (2011): Höpp, G. Muslime in der Mark. In: *Neue politische Literatur: Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft: (NPL)* 56 (1), S. 49.

Muslime in Brandenburg - Kriegsgefangene im 1. Weltkrieg. Ansichten und Absichten (1998). Unter Mitarbeit von Margot Kahlelyss. Berlin: SMPK (Veröffentlichungen des Museums für Völkerkunde, Berlin, N.F., 66).

Niemann, Mario (2007): Freikorps. In: Landeskundlich-historisches Lexikon Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Hinstorff, S. 185–186.

Pinson, Mark (Hg.) (1994): The Muslims of Bosnia-Herzegovina. Their historic development from the Middle Ages to the dissolution of Yugoslavia. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press (Harvard Middle Eastern monographs, 28). Online verfügbar unter <http://www.h-net.org/review/hrev-aoa100-aa>.

Pomplun, Jan-Philipp (2015): Keimzelle des Nationalsozialismus? Sozialgeschichtliche Aspekte und personelle Kontinuitäten südwestdeutscher Freikorps. In: Wegbereiter des Nationalsozialismus: Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933. Essen: Klartext Verlag, S. 73–88.

Revolution 1918/19 in Bremen: „das ganze Deutsche Reich steht heute gegen uns.“ (2018). Bremen: Universität Bremen, Institut für Geschichtswissenschaft.

Riddell, John (2006, 1986): The German revolution and the debate on Soviet power. Documents, 1918-1919: preparing the founding congress. 1st ed. New York, NY: Pathfinder Press (The Communist International in Lenin's time).

Sammartino, Annemarie H. (2014): The Impossible Border. Germany and the East, 1914–1922. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.

Sauer, Bernhard (2010): „Auf nach Oberschlesien“. Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* ›Berlin‹ 58 (4), S. 297–320.

Schmidt, Daniel; Sturm, Michael; Livi, Massimiliano (2015): Wegbereiter des Nationalsozialismus: Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933. 1. Aufl. Essen: Klartext Verlag ([Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte / Beiträge] Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte / Institut für Stadtgeschichte).

Schuster, Peter (2017): Oberländer. Freikorpskämpfer, Putschisten, NS-Aktivisten, Mitläufer, Geistliche und Widerständler aus dem Freikorps Oberland und dem Bund Oberland: Personalien und Dokumente, ein Nachschlagewerk. [1. Erstauflage]. Riesa: Nation & Wissen Verlag.

Sedgwick, Mark J. (Hg.) (2015): Making European Muslims. Religious socialization among young Muslims in Scandinavia and Western Europe. New York, NY: Routledge (Routledge studies in religion, 40).

Staatliche Museen zu Berlin, Staatliche Museen zu; Kaufhold, Enno; Förster, Evelin; Derenthal, Ludger (Hg.) (2018): Berlin in der Revolution 1918/ 1919. Fotografie, Film, Unterhaltungskultur. Druck Verlag Kettler GmbH. Dortmund: Verlag Kettler.

Steininger, Rolf (2015): Deutschland und der Nahe Osten. Von Kaiser Wilhelms Orientreise 1898 bis zur Gegenwart. Reinbek: Lau Verlag (Olzog Edition).

Voigtmann, Mathias (2015): Die „Baltikumer“ - Deutsche Freikorps im Lettland des Jahres 1919 als Schule der Gewalt. In: *Nordost-Archiv* N.F. 23 (2014), [122] -140.

Weber, Reinhold (2018): Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende - Revolution - Demokratie. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; Verlag W. Kohlhammer GmbH (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, 48).

Wegbereiter des Nationalsozialismus: Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933 (2015). Essen: Klartext Verlag.

Wette, Wolfram (2017): Im Geiste der Freikorps. Rechtsradikale in Uniform. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift* 62 (6), S. 13–16.

Yerçil, Mehmet (2014): The Passion of Max von Oppenheim: Archaeology and Intrigue in the Middle East from Wilhelm II to Hitler Dschihad für den deutschen Kaiser: Max von Oppenheim und die Neuordnung des Orients (1914–1918): Oxford University Press.

Bildnachweise

Seite 7

Krieg an fernen Fronten

BARCH, Bild 183-S10799

Seite 9

Der Rat der Volksbeauftragten

BARCH, Bild 183-J0910-0600-004

Seite 10

Jungtürkische Truppen 1909

BARCH, Bild 183-R29846

Seite 11

Max von Oppenheim

BARCH, Bild 183-2009-0113-500

Seite 12

Weinberglager für sow. Kriegsgefangene bei Zossen

Bpk-Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Seite 13

Vertrag von Brest - Litowsk-

Russische Delegation wird von

deutschen Offizieren empfangen ,

BARCH Bild 146-1970-009-55

Seite 15

Französische Kriegsgefangene aus Algerien

Bildarchiv preußisches Staatsarchiv

Seite 16

Café im Halbmondlager

Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Seite 17

Enver Pascha im Halbmondlager

Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Seite 18

Portraits von Gefangenen

Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Seite 19

Alle Kriegsgefangenen des zaristischen

Russlands-Armenier, Tartaren, Mongolen

Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Seite 20

Familienfoto eines britischen Offiziers

Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Seite 22

Moschee im Halbmondlager

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Seite 23

Sow. Kriegsgefangene im Halbmondlager

BARCH , Bild 146-1995-051-37

Seite 25

Anstehen nach Brot 1917

BARCH Bild 183-R00012

Seite 31

*Novemberrevolution – Ebert im Kreis der
„Novemberverbrecher“*
BARCH, Bild 102-00206

Seite 32

Freikorps, Walter Reinhard
BARCH, Bild 183-R27093

Seite 34

Ebert im Kreis der „Novemberverbrecher“
BARCH, Bild 102-00206

Seite 37

Freikorps, Regiment Reinhardt
BARCH, Bild 183-R27095

Seite 39

An der Heimatfront
Flugblatt mit dem Aufruf zur Ermordung Liebknechts,
Verfasser unbekannt
BARCH, Bild 183-R73068

Seite 45

Frau beim Kohletransport
BARCH, Bild 183-R00010

Die Unzufriedenen

Erster Weltkrieg,
Revolution und
Konterrevolution auf
dem Tempelhofer Feld

Der Erste Weltkrieg wurde nicht nur mit industriellen Massenvernichtungswaffen geführt- Kriegspropaganda oder psychologische Kriegsführung war ein wichtiger Teil des Arsenal. Diese Waffe wirkte in den Revolutionen in den Ländern der Mittelmächte tödlich und unterstützte die Konterrevolution. Bis heute wirkt sie als „Anti-Imperialismus“ und „Dolchstoßlegende“ und „Heimataufklärung“, oder modern ausgedrückt als „Fake-News“ oder „alternative Fakten“. Mit den Chiffren der Moschee der „Helden“, der Trauerkundgebung von 1918, den Treffen des Arbeiterrates der Tempelhofer Landgemeinde, Soldatenräten und als Aufmarschgebiet der Freikorps und der Konterrevolution steht das Tempelhofer Feld als Chiffre auch für diesen Geschichtsabschnitt.



**Brigade Reinhardt -
Einstimmung
auf Januarkämpfe**